Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
i. V.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung halbierjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17.Nov. 1931

Amsterdam
Int. Instituut voor Sociale Geschiedenis

Soziales und politisches Elend in Bulgarien.

SPD. Am 9.Juni 1923 stürzte in Sofia eine Gruppe ehrgeiziger und machtgieriger bürgerlicher Politiker, gestützt auf die Reserveoffiziersliga und die "Makedonisierenden", mit blutiger Gewalt das Regime der Bauernpartei Stambulis kis. Seitdem war die "Demokratische Vereinigung" am Ruder, deren Name schon den Tatsachen Hohn sprach: ihre Regierung umschloss das Gegenteil von Demokratie, nämlich den parlamentarisch-verlarvten Faschismus, den latenten Bürgerkrieg, die schonungslose Ausrottung der Bauernparteiler und Kommunisten, Gewaltat auch gegen die Sozialdemokratie und hinter den Kulissen die Diktatur der "unverantwortlichen Faktoren", auf gut Deutsch: der Makedonierkomitees, deren schwer bewaffnete Banden den Umsturz des 9.Juni ins Werk gesetzt hatten. Aber am 21.Juni 1931 brachte der Tag der Sobranjewahlen ein regelrechtes Wunder; fast zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte Bulgariens schlugen über einer Regierung, die die Wahlen "machte" und zwar mit allen Nücken balkanischer Korruption und allen Tücken balkanischen Terrors "machte", die Wogen des Volkszorns zusammen. Von insgesamt abgegebenen 1,2 Millionen Stimmen entfielen auf die "Demokratische Vereinigung" 417 000, auf den Oppositionsblock 590 000; von den 274 Kammermandaten erhielt damit jene nur 79, dieser 150!

Das sah schon wie eine grosse geschichtliche Wende aus. Durch das Land ging ein Aufatmen, und auch bei den Nachbarn meldete sich Zuversicht zu Wort: Der 21.Juni wird den 9.Juni restlos liquidieren! Wie weggeblasen waren die Diktaturpläne, die bis in die Umgebung des Thrones Anhänger warben, und mit Rücktritt des verhassten Ministeriums Ljaptschew und Bildung des Kabinetts Malinow geschah das Selbstverständliche. Der Sieger in der Wahlschlacht, der sogenannte "Volksblock", übernahm die Regierung; seine Parteien verteilten die Portefeuilles so unter sich, dass die Demokraten und Bauernpartei je drei, die Nationalliberalen zwei und die Radikalen eins erhielten.

Heute ist die neue Regierung, von der Inland und Ausland so viel erwartete, vier Monate am Ruder, aber ach! mit den Blättern von den Bäumen sind auch die Hoffnungen gefallen. Freilich war die Wirtschafts- und Finanzlage Bulgariens, als der Demokrat Malinow an die Spitze des Kabinetts trat, verzweifelter als verzweifelt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, das Kleinbauerntum, ist durch den jähen Sturz der Getreidepreise der Vernichtung nah. Betrug der Weizenpreis für den Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 650 Leva, so sank er Ende 1930 auf 240 und heute unter 200 Leva; das sagt alles. Mit der schwach entwickelten Industrie steht es nicht besser; das kleine Land zählt über 100 000 Arbeitslose. Dazu gähnende Leere in den Staatskassen. Es ist kein fauler Witz, dass die Regierung Malinow bei ihrem Amtsantritt einen Barbestand von 13 285 Leva, also ungefähr 375 Mark, vorfand; die auswärtigen Schulden Bulgariens haben die erschreckliche Höhe von 21,6 Milliarden Leva erreicht, und im Staatsbudget dieses Jahres klafft ein Defizit von etwa anderthalb Milliarden. Auf der letzten Völkerbundstagung in Genf hat

Malinow nichts durchgesetzt, was einer finanziellen Erleichterung ähnlich sähe; im Gegenteil weigert sich Athen, weil Bulgarien die Hoover-Pause in den Reparationszahlungen zugute komme, für seinen Teil fällige Summen, die sich aus der Landüberweisung in Griechisch-Makedonien ergeben, an Sofia abzuführen.

Auch sonst ist keineswegs die Besserung in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten eingetreten, die Malinow als Ziel seiner Politik verkündete, und im Innern ist viel mehr beim Alten geblieben, als selbst Schwarzseher erwarteten. Personenwechsel in den Aemtern - gewiss! Die übliche Unterbringung von Stellenjägern und die Besetzung der Futterkrippen durch die eigenen Leute hat sich auch diese Regierung angelegen sein lassen. Aber wenn unmittelbar nach dem hallenden Wahlerfolg des "Volksblocks" besonders übel beleumundete Träger des Systems Ljaptschew voll böser Ahnungen ins Ausland flüchteten, so ist bis heute ausgeblieben, dass man, was auch die sozialistische Presse unbedingt forderte, die Schuldigen an acht Jahren Volksbetrug, Volksausbeutung und Volksmisshandlung zur Verantwortung gezogen hat. Ja, nicht einmal die Amnestie für die Parteigänger Stambuliskis, die von den Bütteln der "Demokratischen Vereinigung" über die Grenzen gejagt worden waren, ist bislang unter Dach und Fach. Und Reformen sonst? Ein unlängst veröffentlichter Aufruf der bulgarischen Sozialdemokratie an das arbeitende Volk gibt die Antwort: "In den mehreren Monaten Blockregierung sind die vor der Wahl gemachten Verpsrechungen zusammengebrochen, die Programme dahingeschmolzen wie der Schnee des Vorjahres."

Weshalb diese Misserfolge, die sicher auch mitsprachen, als vor vierzehn Tagen Malinow "aus Gesundheitsgründen" durch seinen eifrigen Parteifreund Muschanow an der Spitze des Kabinetts ersetzt wurde? Es fehlt nicht an objektiven Gründen wie der erwähnten Wirtschaftskatastrophe, deren Folgen nur durch tatkräftige Hilfe von aussen zu bannen sind. Die Wirtschaftskatastrophe wiederum schwächt die Stellung und die Haltung der Regierung, die schwankenden Boden unter den Füssen fühlt. Aber es mangelt auch nicht an subjektiven Gründen. Vertritt die Bauernpartei, obwohl sie nicht mehr den Schwung wie zu Zeiten Stambuliskis hat, immerhin eine in die Zukunft weisende Macht, das arbeitende Landvolk, so sind die andern Koalitionsparteien kaum durch mehr als den Namen von der "Demokratischen Vereinigung" unterschieden; als Handlanger des nur durch Staatsunterstützung grosszupäppelnden Industriekapitals bilden sie einen Hemmschuh für die sozialen und politischen Umgestaltungspläne der Bauernpartei. Daher Spannungen und Zwistigkeiten innerhalb des Kabinetts, die seine Entschlusskraft lähmen und seine Arbeitsfähigkeit mindern. Einigkeit herrscht eigentlich nur in der Frage des scharfen Vorgehens gegen die Kommunisten, die, als Arbeiterpartei firmierend, dank des Massenelends viel Zulauf auch vom flachen Lande erhielten, 165 000 Stimmen und 32 Mandate einheimsten und sichtlich von Moskau muntere Weisungen zur Revolutionierung des Balkans bekamen.

Wichtiger aber wäre eine Entwaffnung der "Makedonisierenden", die einander - was blieb von der im Februar austrompeteten Versöhnung zwischen Mihailowisten und Protogerowisten übrig! - in den Strassen Sofias abschlachten und durch Bandeneinfälle nach Jugoslawisch-Makedonien die Beziehungen zwischen Belgrad und Sofia vergiften. Dass neben ihnen nach wie vor die Armee, besser das Offizierkorps einen unverantwortlichen politischen Faktor darstellt, der nicht übersehen werden darf, dafür ist die Uebernahme des Generals Kissow, Kriegsministers im Kabinett der "Demokratischen Vereinigung", in das Kabinett des "Volksblocks" ein deutlicher Beweis. Zu dem allgemeinen politischen Jammer trägt auch das Fehlen einer starken, stosskräftigen Sozialdemokratie bei.

SPD. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Veranstaltungen dieser Art, sofern sie von der Regierung genehmigt werden.

SPD. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener begann am Dienstag die Konferenz der Innenminister im Reichsministerium des Innern. Die Innenminister der Länder waren sämtlich persönlich erschienen. Reichsminister Dr. Groener eröffnete die Beratungen mit einer einleitenden Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführte:

"Nach der guten Gepflogenheit dieses Hauses habe ich Sie alsbald nach meinem Amtsantritt hierher gebeten, um mit Ihnen Fühlung zu nehmen und diejenige Zusammenarbeit zu sichern, die sowohl im Interesse des Reiches wie aller einzelnen Länder notwendig ist.

Der Reichsminister des Innern hat auf polizeilichem Gebiet keine leichte Stellung. Polizeihoheit und polizeiliche Exekutive liegen bei den Ländern, in der Öffentlichkeit wird meist der Reichsinnenminister verantwortlich gemacht. Vor einigen Tagen habe ich im Reichsrat die Versicherung abgegeben, dass ich nicht beabsichtige, in die Zuständigkeiten der Landesregierungen ohne Not einzugreifen.

Die Verteilung der Exekutive auf die Länder gibt in weitgehendem Masse die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen. Sie bewahrt uns vor einer Schematisierung der polizeilichen Funktionen, die unsere Aufgaben eher erschweren als erleichtern könnte. Denn mit jeder Massnahme, die zur Sicherung der staatlichen Autorität ergriffen wird muss auch ein Stück Vertrauen zum Staat genommen werden. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewusstsein seiner engeren landsmannschaftlichen Zugehörigkeit.

Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muss sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Beim einzelnen Staatsbürger fallen Gesetz und seine Anwendung zusammen. Von ihm kann man nur dann Achtung vor der Autorität des Staates erwarten, wenn er davon überzeugt ist, dass Legislative und Exekutive von einem einheitlichen Willen getragen sind.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken. Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Aussenpolitik in einem Augenblick, wo die allerschwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Wir müssen dem Herrn Reichskanzler für die Führung der Aussenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Aussenpolitik zum Scheitern verurteilt. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Freilich, durch polizeiliche Massnahmen allein ist dies niemals zu erreichen, sie können nur den Weg offen halten für die verfassungsmässige Entwicklung der politischen Zustände. Sollten polizeiliche Massnahmen gar als Schikanen empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ernsten Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden. Deshalb muss bei allen unseren Massnahmen voranstehen, dass Gerechtigkeit waltet und ein gerader Kurs gehalten wird. Darüber zu wachen, halte ich für meine vornehmste Pflicht und ich bin gewiss, dass die Länderregierungen darin mit mir einig gehen.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten las-

sen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik; die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Massnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

Als Sie, meine Herren, sich unter meinem verehrten Herrn Amtsvorgänger am 26.September d.J. zum letzten Male hier versammelt haben, sind von Ihnen eine Reihe von Wünschen in der Richtung einer weiteren Ausgestaltung der bis dahin erlassenen Ausnahmeverordnungen vorgebracht worden. Diesen Wünschen ist durch die Vorschriften, die als siebenter Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6.Oktober 1931 erlassen worden sind, im wesentlichen entsprochen worden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Massnahmen gegen illegale Schriften, gegen die Umgehung von Zeitungsverboten, gegen sogenannte Parteiheime und gegen Waffendelikte. Die Verordnung hat ausserdem die gewünschte Strafvorschrift für Zuwiderhandlungen gegen Versammlugs- und Aufzugsverbote gebracht, die von den Polizeistellen der Länder auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverordnung erlassen werden; sie hat ausserdem die Strafvorschriften gegen die Verbreitung verbotener Flugblätter neu gefasst.

Dagegen ist in der Verordnung davon abgesehen worden, von Reichs wegen ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen zu erlassen. Ein solches Verbot war in der letzten Ministerbesprechung von vielen Seiten gefordert, von anderer, insbesondere bayerischer Seite unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Länder abgelehnt worden. Nach den bekannten Braunschweiger Vorkommnissen ist in der Öffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Verbot von Reichs wegen erhoben worden. Ich habe dies zunächst abgelehnt, weil ich es der Initiative der Länder überlassen wollte. In der Tat hat inzwischen die überwiegende Anzahl der Landesregierungen, insbesondere Preussen, ein allgemeines Versammlungs- und Umzugsverbot erlassen. Es wird sich aus unserer Besprechung ergeben, ob noch Massnahmen von Reichs wegen erforderlich sind.

Im übrigen dürften mit den nunmehr vorliegenden Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28.März, 17.Juli, 10.August und 6.Oktober d.J. im wesentlichen alle Massnahmen getroffen sein, die zunächst getroffen werden können. Ob weitere Ergänzungen notwendig sind oder ob es nicht vielmehr angezeigt erscheint, nunmehr zunächst die Wirkung der bestehenden Notverordnungen abzuwarten, kann dem Ergebnis der heutigen Aussprache überlassen bleiben.

Ehe wir in diese eintreten, möchte ich in diesem Zusammenhang Ihre Aufmersamkeit allerdings auf einige Ereignisse richten, gegenüber denen mir ein schäferes Zupacken unbedingt erforderlich erscheint. Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die sich erschreckend gehäuft haben und zu einer Kulturschande für Deutschland geworden sind. Es ist dringend erforderlich, dass Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten oder, wo dies nicht möglich ist, der Täter habhaft zu werden und sie einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier muss mit aller Energie zugegriffen werden. Wir müssen in unserer heutigen Besprechung Massnahmen erörtern, durch welche dieser Mordseuche entgegengetreten werden kann, und ich bitte die Herren Kollegen, sich zu diesem Punkt zu äussern. Es wird den Herren aus der Presse bekannt sein, dass sich die Nationalsozialisten wegen der Mordtaten, die in der letzte Zeit besonders gegen SA-Leute begangen worden sind, an den Herrn Reichspräsidenten gewandt haben, und der Herr Reichspräsident hat mich gebeten, diesen Ueberfällen und politischen Mordtaten meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich darf diese Bitte an Sie weitergeben.

Ausserdem habe ich gestern von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Massnahmen, auch nicht polizeilicher Art, behalte ich mir vor und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der Kommunistischen Partei mit allen Mitteln und im grössten Umfange betriebene Zersetzungstätigkeit gegen Reichswehr und Polizei. Sie werden mir zustimmen, wenn ich in dieser Zersetzungstätigkeit eine der gefährlichsten Angriffsmittel gegen den bestehenden Staat sehe. Breschen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden können von unabsehbaren Folgen sein. Die Kommunistische Partei ist sich auch, wie aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, dass die Zersetzungstätigkeit an den zur Verteidigung des Staates berufenen Organen die wesentlichste Vorbedingung für das Gelingen eines Umsturzes ist. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, dass bis jetzt solche Zersetzungsversuche - von wenigen tief bedauerlichen Ausnahmen abgesehen - an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muss es sein, solch Versuche nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem Herren preussischen Minister des Innern angeregt, der kommunistischen Zersetzungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmassnahmen entgegenzuwirken, und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äussern.

SPD. Unter der Ueberschrift "Die Einheitsfront, die siegen wird. Statt einer Antwort an Herrn Breitscheid" veröffentlicht die "Rote Fahne" eine grundsätzliche Auseinandersetzung über das Thema Sozialdemokratie, Faschismus und KPD. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass nidht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie der Hauptfeind ist. Sie schreibt:

"Der Beschluss des Zentralkomitees gegen den individuellen Terror wurde nicht gefasst, um Wels und Breitscheid einen Gefallen zu erweisen, sondern um alle Fehler und Dummheiten auszumerzen, die uns daran hindern, den vernichtenden Stoss gegen die Partei der Wels und Breitscheid zu führen. Unsere Stellungnahme gegen alle opportunistischen Abweichungen und terroristischen Abenteuer bedeutet keine Abschwächung, sondern die allerstärkste, rücksichtsloseste, unerbittlichste Verschärfung unseres revolutionären Massenkampfes gegen den Kapitalismus und seine Stütze, die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie muss politisch geschlagen werden, damit die deutsche Arbeiterklasse frei werde, damit der Faschismus vernichtet werden kann. Die Sozialdemokratie ist unser Hauptfeind im Proletariat. Gegen die Sozialdemokratie führen wir den Hauptschlag in der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes. Darum antworten wir au das neueste Manöver des Parteivorstandes: Keine Spur von Glauben, kein Haar breit Vertrauen den Erklärungen der Wels und Breitscheid, die in 13 Jahren bis auf den letzten Rest gezeigt haben, wer sie sind! Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie!"

Die KPD will also nicht gegen die Reaktion von Harzburg und gegen den Faschismus kämpfen, sondern gegen die Sozialdemokratie!

SPD. Eutin, 17.November (Eig.Drahtb.)

Die Nationalsozialisten hatten zu Montag abend im Schloss-Hotel eine öffentliche Versammlung einberufen, in der sie sich mit den Vorfällen der letzten Wochen beschäftigten. Nach allgemeinen Ausführungen über den Stand der Nazibewegung ging der Naziführer Böhmker auf die einzelnen Eutiner Vorgänge ein. Er bezeichnete die Erklärung des Gauleiters Richard Hansen vom Reichsbanner, der die Schuld den Nazi und der Polizei zumesse, als eine schurkische Gemeinheit. Die Lübecker Reichsbanner-Kameraden seien Bassermann'sche Gestalten gewesen, die man ebenso als gedungene Mörder bezeichnen könne. Böhmker fordert auch Aufhebung des Demonstrationsverbots, Verbot des Reichsbanners und Schliessung des Kamm'schen Gasthofes, da in dessen Vorder- und Hinterzimmern die Mordpläne ausgeheckt worden seien (!).

Zur Haltung der Polizei erklärte Böhmker, dass er dem Bürgermeister als obersten Polizeiherrn im Stadtrat einige Fragen vorlegen wolle, die er in der Öffentlichkeit nicht behandeln könnte, doch zu einigen Polizeibeamten müsste er unbedingt etwas sagen. Eine einzige Ausnahme bestehe hinsichtlich des Kommissars Diercks, dem wir das Zeugnis eines sachlich und durchaus korrekten Beamten ausstellen, und der seinen Aufgaben in jeder Weise gerecht geworden ist. Herr Diercks brauche keine Angst zu haben vor dem kommenden Dritten Reich, es werde ihm bestimmt den ihm zukommenden Posten übertragen. Für einige andere Polizeibeamte im Dritten Reich sei Platz in Arbeitskolonnen (Polizeikommissar Diercks nimmt in der Pause die Glückwünsche der SA und SS entgegen, man sieht ihn im freundlichen Gespräch mit SA und SS in der Vorhalle des Schloss-Hotels.)

"Aber es gibt noch ein zweites Mittel" - so fuhr Böhmker fort - "um diesem Terror von links zu steuern und hier richte ich einige Worte an die nationalen Arbeitgeber. Ich erkläre es hier als eine Unmöglichkeit, dass nationale Arbeitgeber und Mitglieder des Stahlhelms noch weiter Marxisten in ihren Diensten beschäftigen, während hunderte SA-Leute erwerbslos sind. Die Marxisten müssten sofort entlassen werden, oder aber eine schriftliche Erklärung abgeben, dass sie nicht mehr dem Reichsbanner und der SPD angehören. Erfüllen die Arbeitgeber unsere Forderungen nicht, so begehen sie erneut schweren Verrat an der "nationalen Befreiung". Wir fordern von der Stadtverwaltung Ächtung und Ausschluss aller Reichsbanner- und SPD-Mitglieder aus der städtischen Lebensgemeinschaft. Mitglieder dieser Mordorganisation dürfen von wirklichen Deutschen nicht mehr gegrüsst werden. Ergreift die Stadt keine Massnahmen, um diese Forderungen zu erfüllen, so werden wir geeignete Massnahmen ergreifen, um zu unserem Ziele zu gelangen. Herr Bürgermeister, in mein Haus kommt kein roter Gasableser mehr! Ich schmeisse ihn raus, denn ich weiss nicht, ob er nicht auch einen Revolver bei sich trägt und nach vollendeter Tat erklärt, Herr Böhmker hat mich angegriffen und ich befand mich in Notwehr!"

Böhmker ist empört darüber, dass der "Eutiner Anzeiger" die Erklärung des Reichsbanners abgedruckt hatte und fordert vom Verleger Andresen als Deutschnationalen, alle Marxisten in seinem Betriebe zu entlassen und erwerbslose SA-Leute einzustellen. In Zukunft hätten Nazi-Angelegenheiten auf der Hauptseite zu stehen und von jetzt an müsse ein anderer Ton in die Zeitung kommen. "Sollte Herr Andresen diesen guten Rat nicht befolgen, so werden wir Mittel und Wege finden, um ihn von der Notwendigkeit unserer Forderungen zu überzeugen. Im kommenden Dritten Reich werde ich (!) oder mein Parteigenosse Saalfeld bestimmen, was Sie schreiben sollen." Böhmker schloss: "Ich erkläre ausdrücklich, alle Mittel sind uns recht, um zum Ziele zu kommen, wir wollen keine Gewalttaten, aber wir verleugnen nicht die Stimme unseres Blutes!"."

Heute morgen hat die Stadtverwaltung - unglaublich, aber wahr! - sich den unverschämten Forderungen Böhmkers unterworfen. Sie hat unseren Reichsbannerkameraden Siebenbrodt, der bei den Städtischen Licht- und Wasserwerken beschäftigt gewesen ist wegen angeblicher Vorbereitung ungesetzlicher Handlungen fristlos entlassen. Siebenbrodt hatte die Quartierzettel für die Lübecker Reichsbannerleute ausgestellt und daher nimmt sich die Stadtverwaltung das Recht zur fristlosen Entlassung!

SPD. München, 17.November (Eig.Drahtb.)

In einem schamlos hetzerischen Kommentar zur Rede Breitscheids in Darmstadt giesst der "Völkische Beobachter" neue Schmutzkübel auch über die Zentrumspartei aus. Es heisst in dem Artikel:

"Breitscheids Rede ist aber auch deshalb zu begrüssen, weil sie mit einem Hieb die ganze Lüge der Zentrumspolitik zerschlägt, mit der diese verruchte Partei ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie noch verständlich zu machen ver-

suchte. Die schwarzen Brüder erzählten nämlich ihren Gläubigen, durch dieses Bündnis werde die SPD an die Bürger gebunden und ein Abgleiten nach links verhindert. Nun ist auch diese alte Ausrede der pfründelüsternen Zentrumsherren als Lüge entlarvt. Der SPD-Jude Aufhäuser ruft zur gemeinsamen Aktion mit der KPD auf, Breitscheid macht ein offizielles Bündnisangebot, die Reichsbannermörder beweisen durch Massenmord ihre Bündnisfähigkeit mit dem Chaos der Untermenschen. Aber noch immer sitzt des päpstlichen Hausprälaten Dr. Kaas' Zentrumspartei im Reichsbanner. Das Zentrum leistet dem blutigen Massenmord also unmittelbar weiteren Vorschub."

An einer anderen Stelle des Hitlerblattes ist zu lesen: "Nur über die Leiche des roten Zentrums führt der Weg zur Freiheit."

SPD. Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt uber die politischen Konsequenzen der hessischen Wahlen :

"Bei dem denkenden Teil der Nationalsozialisten ist man über das Hessen-Wahlergebnis garnicht so erfreut, wie man nach aussen hin sich den Anschein gibt. Immer näher rückt die Probe aufs Exempel, nun muss man zeigen,was man kann! Eines ist sicher: eine wesentliche Steigerung der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht mehr möglich, weil es für die Nationalsozialisten im bürgerlichen Lager, aus dem allein ihnen der Anhang zufloss, einfach nichts mehr zu erobern gibt. Was zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten steht, ist so gut wie aufgerieben. Am Zentrumsturm bricht sich die Hakenkreuzflut, und im linken Lager sind nur die Truppen durcheinander geraten, ohne dass sie aber irgendwie geschwächt worden wären. Nun aber müssen die Wechsel eingelöst und die Versprechungen erfüllt werden! Und da liegt das grosse Hakenkreuz für die Hakenkreuzler! Nun sollen uns mal die Nationalsozialisten in Hessen zeigen, was sie können. Es wird für das deutsche Volk sich geradezu als ein Glücksfall herausstellen, dass in Hessen diese Generalprobe für die Regierungsweisheit der Nationalsozialisten gemacht werden kann. Das wird ein sehr interessanter und lehrreicher Anschauungsunterricht für die anderen und grösseren Wahlen bedeuten, die uns im Frühjahr bevorstehen. Es ist etwas anderes, unverantwortlich in wilder und radikaler Opposition zu machen und die Massen mit Phrasen zu füttern, und es ist etwas anderes, an verantwortlicher Stelle gestellt zu sein und sachliche Arbeit leisten zu müssen. Und wenn die Betörten, diejenigen die sich in einen Rausch haben versetzen lassen, und diejenigen, die sich um ihre Hoffnungen und Erwartungen betrogen sehen, dann erfahren müssen, dass auch die Nationalsozialisten nur mit Wasser kochen können, dann wird in der Tat das Erwachen für alle diese Schichten bitter und schwer sein. Und dieses dann wirklich erwachte Deutschland wird die Zukunft meistern!"

An anderer Stelle sagt der Pressedienst des Zentrums weiter:

Grundsätzlich haben wir folgendes zu sagen: Ehe nicht Sühne geleistet ist für die unerhörten Beschimpfungen des Zentrums und seiner Führer durch die Nationalsozialistische Presse, insbesondere den "Völkischen Beobachter", können und werden wir mit den Nationalsozialisten nicht sprechen.

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahtb.)

Die Kammer beginnt heute eine arbeitsreiche Woche. Am Vormittag wird die Interpellationsdebatte über die Arbeitslosigkeit wieder aufgenommen, für die noch 12 Redner vorgemerkt sind. Die Debatte wird an den folgenden Vormittagen fortgesetzt werden. Am Nachmittag beginnt die aussenpolitische Debatte, für die 14 Interpellanten angemeldet sind. Diese Debatte wird am Donnerstag- und Freitag-Nachmittag weitergeführt und soll am Freitag eventuell in einer Nachtsitzung abgeschlossen werden. Laval dürfte erst am Freitag auf die verschiedenen

Interpellationen antworten. Vorher wird die Regierung einen neuen Angriff der Opppsition in der Frage der Eisenbahntarife abzuwehren haben. Der radikale Abgeordnete Daladier hat einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, nicht ohne eine vorherige Debatte über die Eisenbahngesellschaften eine Tariferhöhung vorzunehmen. Er will die sofortige Diskussion dieses Antrages verlangen, der von den Sozialisten unterstützt werden wird. Die Aussprache darüber dürfte am Donnerstag stattfinden.

SPD. Dresden, 17.November (Eig.Drahtb)

Im Sächsischen Landtag hat ein wilder Kampf der Rechtsparteien um den Posten des Landtagspräsidenten, den seit einigen Jahren Weckel als Vertreter der stärksten Fraktion, der SPD, inne hat, begonnen. Die Bürgerlichen möchten dieses Amt gern der SPD entreissen, können sich aber untereinander so wenig einigen, dass sie sich sogar in die Haare geraten sind. Am Dienstag sollte eine gemeinsame Sitzung der bürgerlichen und der Rechtsparteien stattfinden. Zu dieser Sitzung erschienen die Nationalsozialisten nicht; sie hatten vielmehr der Wirtschaftspartei einen groben Brief geschrieben, in dem sie deren Anspruch auf den Präsidentenposten scharf ablehnen und das Amt für sich fordern, weil sie nach der SPD die stärkste Partei seien. Die Wirtschaftspartei kroch sofort zu Kreuze, indem sie zwar nicht zugunsten der Nazis, wohl aber zugunsten der Deutschnationalen auf den Posten des Präsidenten verzichtete. Die Deutschnationalen ihrerseits wagten aus Angst vor den Nazis nicht, die Kandidatur zu übernehmen, sondern erklärten sich zugunsten der nationalsozialistischen Ansprüche, ebenso das Landvolk. Eine Einigung kam nicht zustande, und so werden den Bürgerlichen wohl noch die Felle davonschwimmen.

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahb.)

Der englische Aussenminister Sir John Simon hat, wie wir erfahren, ebenso wenig wie Staatssekretär von Bülow den Auftrag, während seines Pariser Aufenthalts mit der französischen Regierung offiziell über die Reparationsfrage und die Einberufung des Sachverständigenausschusses zu verhandeln. Der englische Aussenminister wird Paris wahrscheinlich am Donnerstag verlassen, da er in London an einer Kabinettssitzung teilnehmen muss. Er dürfte aber am Ende der Tagung des Völkerbundes nach Paris zurückkehren.

Wie der "Populaire" meldet, hat der japanische Botschafter Yoshizawa am Montag-Abend versucht, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Die Unterredung habe nicht stattfinden können, da Laval abwesend war.

SPD. Ueber den weiteren Verlauf der Konferenz der Innenminister wurde die folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: "In der Konferenz der Innenminister der Länder fand nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. Groener eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Ueberblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten."

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahtb.)

In der Kammer begann am Dienstag nachmittag vor schwach besetztem Hause die Interpellationsdebatte uber die Aussenpolitik. Die Regierung ist durch den Ministerpräsident Laval vertreten, dem sich später Briand und Flandin zugesellten. Der erste Interpellant war der dem linken Flügel der Radikalen Partei angehörige Abgeordnete Berguery, dessen Ausführungen sich nur auf die französisch-russischen Verhandlungen bezogen. Er schilderte die Geschichte der ersten im Januar 1927 abgebrochenen Verhandlungen und ging dann auf die vor einigen Monaten begonnenen Verhandlungen ein, die ebenfalls zurzeit unterbrochen worden sind, da keine Verständigung über die von Russland verlangten Kredite zum Ankauf französischer Waren zu erzielen gewesen sei und und die Russen die Schaffung einer privaten Clearingstelle für den Import und Export abgelehnt hätten. Der Redner kritisierte die Haltung der Regierung und verlangte am Schluss seiner Rede, dass sofort mit Russland neue Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag, über die Regelung der Vorkriegsschuldn und die Kreditfrage eingeleitet werden. Nach einer kurzen Pause begründete der Radikale Mistler eine Interpellation über die Ergebnisse der Besprechungen Lavals in Washington.

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahtb.)

Die am Montag abend zwischen verschiedenen Völkerbundsratsmitgliedern und dem General Dawes eingeleiteten privaten Verhandlungen zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes wurden heute vormittag und nachmittag fortgesetzt. Um ½ 12 Uhr traten die Mitglieder des Völkerbundsrates mit Ausnahme des chinesischen und japanischen Vertreters aber in Gegenwart des General Dawes zu einer einstündigen Beratung zusammen, in der Briand, Dawes und Sir John Simon über ihre Besprechungen mit dem Vertreter Japans und Chinas Bericht erstatteten und in der anschliessend ein Meinungsaustausch über die Lage vorgenommen wurde. Die Ratsmitglieder waren darin einig, dass zwecke Aufklärung einiger Punkte, über die Japan und China um nähere Angaben gebeten worden sind, die nächste Ratssitzung erst morgen vormittag um 11 Uhr stattfindet. Im Laufe dieser geschlossenen Sitzung soll das Datum für die nächste öffentliche Sitzung festgelegt werden.

Der japanische Delegierte Yoshizawa hat dem Präsidenten des Völkerbundsrates heute ein Schreiben seiner Regierung übermittelt, in dem diese Aufklärung über die den japanischen Militärbehörden vorgeworfene Beschlagnahme des Ertrages der Salzsteuer in der Mandschurei gibt. Japan behauptet darin, dass die Einnahmen aus der Salzsteuer in der letzten Zeit von den lokalen Militär- und Verwaltungsbehörden beschlagnahmt worden seien und dass dadurch der Zinsendienst für die Anleihen unterbrochen worden sei, durch die die Salzsteuer garantiert sei. Deshalb hätten die japanischen Militärbehörden nicht den Ertrag der Salzsteuer beschlagnahmt, sondern nur dafür gesorgt, dass die den Provinzen verbleibenden Anteile aus dem Steuerertrag nicht den militärischen Machthabern, sondern den chinesischen Organismen zugeführt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung geschaffen worden sind.

SPD. Generaldirektor Ludwig Katzenellenbogen ist am Dienstag gegen eine Kaution von 100 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Die Kaution soll angeblich von seiner Frau, der bekannten Schauspielerin Tilla Durieux aufgebracht worden sein. Das Privatvermögen Katzenellenbogens selbst befindet sich in Verwaltung einer Treuhandgesellschaft.

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hat heute vormittag nacheinander den englischen Aussenminister Sir John Simon und den Staatssekretär von Bülow empfangen. Es handelt sich um reine Höflichkeitsbesuche, die mit den Verhandlungen über die Einberufung des Sachverständigenausschusses in keiner Beziehung standen.

SPD. Paris, 17.November (Eig.Drahtb.)

Briand hat aus Anlass der Völkerbundsratstagung von zahlreichen Vereinigungen Telegramme erhalten, die ihm ihr Vertrauen zu einer friedlichen Lösung des chinesisch-japanischen Konfliktes zum Ausdruck bringen. Unter diesen Telegrammem ist das des Vorstandes der Gewerkschaftsinternationale zu erwähnen, der Briand im Namen von 14 Millionen Arbeitern auffordert, sich darum zu bemühen, den Völkerbundsrat zur Annahme von Massnahmen zu veranlassen, die den Frieden in der Mandschurei wiederherstellen. Der Völkerbund darf als Hüter des Friedens nicht erlauben, dass ein Mitglied die feierlich unterschriebene Verpflichtung verletzt.

SPD. Die Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Wels, Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr.Hertz, hatten am Dienstag eine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr.Brüning wegen der Mordhetze, die in ständig wachsendem Umfange von den Nationalsozialisten betrieben wird. An der Besprechung nahmen auch der Reichswehrminister Groener und der Preussische Innenminister Severing teil.

Von sozialdemokratischer Seite wurde anhand umfangreichen Materials der Nachweis geführt, dass von führenden Nationalsozialisten nicht nur zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wird, sondern dass von der Privatarmee des Herrn Hitler den SA-Formationen, auch in zahlreichen Fällen solche Gewalttätigkeiten organisiert begangen werden. Auf diese Weise werde der Bürgerkrieg heraufbeschworen da sich die übrigen Volksschichten eine solche Bedrohung von Leben, Gesundheit und Freiheit der politischen Betätigung nicht gefallen lassen können. Aufgabe der Staatsgewalt sei es in erster Linie, durch das stärkste aktive Hervortreten der Staatsgewalt im Kampfe gegen Mordhetze und Terror sichtbar zu zeigen, dass dieser Kulturschande eine Grenze gezogen werden muss. Geschehe das nicht, so könne man nicht erwarten, dass die Massen des Volkes, die zur Republik stehen, Vertrauen zur Staatsgewalt haben, und man müsse begreifen, dass sie sich zur Selbsthilfe entschliessen. Es werde ferner eine grosse Beunruhigung geschaffen, die die Absicht, die Regierung zu stützen, immer mehr erschüttern müsse.

Sowohl der Reichskanzler als auch der Reichswehrminister verurteilten die politischen Ausschreitungen und versprachen, alle zu ihrer Bekämpfung möglichenund aussichtsreichen Schritte zu unternehmen. Das von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebrachte Material über Terror der Nazis soll dem Reichsinnenministerium schriftlich unterbreitet und auf das sorgfältigste geprüft werden.

SPD. Genf, 17.November (Eig.Drahtb.)

Das internationale Preisgericht des Kodak-100 000 Dollar Wettbewerbs, bei dem 3 Millionen Amateuraufnahmen konkurrierten, hat heute in Genf den Grossen Weltpreis in Höhe von 10 000 Dollar und die silberne Statue dem Engländer Charles W. Powell, einem jungen Textilarbeiter, zugesprochen, der zusammen mit seinem Weltklassenpreis für Porträts und nationalen Klassenpreis 44 200 Mark gewonnen hat. Seine Photographie stellt ein junges Mädchen dar

auf einer Düne sitzend vor leichten Meereswellen im Abendsonnenschein. Der Grosse Weltklassenpreis für Tieraufnahmen fiel an den Deutschen Max Seidel, einen zurzeit stellungslosen Bühnenmaler. Er hatte schon bei dem deutschen Kodak-Wettbewerb auf sein Bild einen Preis von 1000 Mark erhalten. Die Namen der übrigen Preisträger, von denen jeder 1000 Dollar erhielt, sind für Kinderaufnahmen Louis Brandao-Brasilien, für Landschaften N.Watanabey-Vereinigte Staaten, für Sport und Arbeit Hand Jensen-Dänemark, für Stilleben und Innenaufnahmen Laurence Thibaud-Frankreich. Die 282 Bilder, die aus 47 Ländern der Welt nach Genf gesandt wurden, sind zu einem internationalen Kodak-Salon vereinigt, der auch nach Deutschland kommen wird.

SPD. Genf, 17.November (Eig.Drahtb.)

Nach Eingang der letzten Antworten auf den Vorschlag eines einjährigen Rüstungsstillstandes hat der Generalsekretär des Völkerbundes festgestellt, dass alle Regierungen bereit seien zur Annahme. In Uebereinstimmung mit dem Ratspräsidenten schliesst er daraus, dass der Rüstungsstillstand am 11.November in Kraft tritt, sofern keine der Regierungen mehr eine gegenteilige Ansicht äussert.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Zweimal Hugenberg=Presse.

SPD. Der "Tag", die Zeitung des Hugenberg=Konzerns, berichtete, dass dem Reichspräsidentenschaft die Inhaberschaft eines ungarischen Infanterieregiments angeboten werden soll und versieht seine Meldung mit folgendem Kommentar:

"Diese ritterliche Ehrung des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls zeigt, wie tief und herzlich die freundschaftlichen Gefühle sind, die unsere tapferen ungarischen Kriegsverbündeten mit dem deutschen Volk verbinden. Zugleich sehen wir in diesem feierlichen und bedeutsamen Akt die schönste sinnbildliche Ehrung der deutschen Frontkämpfer und einen Beweis des Vertrauens, der unvergessen bleiben soll und den wir mit der Versicherung unerschütterlichen Vertrauens zur Lebenskraft und besseren Zukunft des ungarischen Volkes erwidern."

Das ist ganz Hindenburg=offiziös. Zur gleichen Zeit veröffentlichte der Journalist des Hugenberg=Konzerns "Rumpelstilzchen" alias Stein der journalistische Vertrauensmann des Herrn Hugenberg in der "Niederdeutschen Zeitung" vom 8.November die folgenden Sätze:

"Hindenburg? Manche Lippen zucken weh, wenn dieser Name genannt wird. Hindenburg? Der ist ja schon längst gestorben, er weiss es nur nicht, weil es ihm noch niemand gesagt hat."

Das ist die ritterliche Ehrung, die der Hugenberg=Konzern dem Reichspräsidenten widmet! Hugenberg=Pressekonzern - kann schreiben so und auch anders.

Anwalt mit Standesehre.

Die folgende Geschichte wird aus Frankfurt a./Main bekannt: Ein dortiger Arbeitsloser schuldete Anfang Juni einer Firma in Bremen Mark 9,90. Er wurde mehrfach gemahnt. Am 6.Juni zahlte er den Betrag auf das Postscheckkonto der Firma ein. Am 7. Juni erhält er einen Brief eines Bremer Rechtsanwalts, in dem er aufgefordert wird, die Schuld nebst 8 v.H. Zinsen bis zum 12.Juni zu bezahlen. 8 v.H. Zinsen machten den stattlichen Betrag von 26 Pfg. aus. Der Mann liess das Schreiben unbeachtet, der Anwalt verklagte ihn wegen der 26 Pfg., es verging ein Versäumnisurteil gegen den Arbeitslosen, das rechtskräftig wurde. Der Arbeitslose sollte nun 26 Pfg. Zinsen, dazu 7,60 Mark Gerichtskosten zahlen. Da er nicht bezahlte im Bewusstsein seines Rechts, wurde gegen ihn die Zwangsvollstreckung durchgeführt und das Offenbarungseidverfahren in Gang gebracht. Die Kosten erhöhten sich dadurch auf 14,76 Mark. Nun wurde dem Mann angst, er zahlte mit Ingrimm Mk. 7,60. Nun bleiben aber immer noch die Kosten für Zwangsvollstreckung und Offenbarungseid im Betrage von Mk.7,60 und der Rechtsanwalt in Bremen führt wegen dieser Kosten das Verfahren gegen den Arbeitslosen in Frankfurt a./Main weiter durch. Es ist ein umständliches Verfahren, an dem die verschiedensten Instanzen in Bremen und in Frankfurt/Main beteiligt sind. Dieser groteske Leerlauf der Justizmaschinerie kostet natürlich Geld. Aber der beklagte Arbeitslose kann es bezahlen und wenn er nicht bezahlt, erhält er neue Kosten aufgebrummt.

Ein solches Verfahren um 26 Pfg. in der heutigen Zeit ist eine Ungeheuerlichkeit. Darüber hinaus aber fragen wir: Ist ein solches Verfahren gegen einen Arbeitslosen, das wegen eines vermeintlichen Rechtsanspruchs von 26 Pfg.

einem armen Manne 16 Mark Kosten aufbrennt, mit der Standesehre eines Rechts=anwalts vereinbar? Und sollte nicht die Anwaltskammer sich um diesen skandalösen Fall bekümmern?

Niedriger hängen.

Im "Tagebuch", einer Zeitschrift für Salonliteraten, die Radikalismus markieren, findet sich eine Bespeiung des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert durch den Herausgeber Leopold Schwarzschild (Heft 45). Er vergleicht Ebert mit Hagen Tronje, "der dem tumben Eindringling Genossenschaft heuchelt und mit jedem Blick aus Biedermanns Aug die Stelle abschätzt, die dem Mordspeer am wenigsten widerstehen werden. Nach 13 Jahren im Pesthauch der letzten Verwesung des Organismus,den der feindselig widerstrebende Accoucheur schon bei der Geburt an Leib und Seele verseuchte, verblasst jedes Vorbild in Sage und Geschichte. Aus Kleinbürgermuff bläht sich eine Kolossalfigur auf. Eine gerade Linie im geistigen wie im sachlichen von 1918 - 1931 von Ebert Fritz bis zu Hitler Adolf."

Zwischen dem Ernste eines Ebert und dem Wesen eines Leopold Schwarzschild gibt es allerdings nichts Gemeinsames, auf dem Verständnis erwachsen könnten. Wir hängen die schmutzige Beschimpfung niedriger sie ist lediglich geeignet, Verachtung für den hervorzurufen,von dem sie ausgegangen ist.

Das Symbol des Nationalsozialismus.

Im Lager Hitlers ist grosse Freude darüber,dass Hans Heinz Ewers plötzlich seine Hakenkreuzgesinnung entdeckt hat. Man stösst sich nicht daran,dass er in seinen früheren Produktionen Schweinereien und Perversitäten von nicht geringem Ausmasse veröffentlicht hat, um die Gefühle des Spiessbürgertums zu kitzeln. Man empfängt ihn ebenso begeistert wie die Spiessbürger,für die er bisher gearbeitet hat; und der "Angriff" des Herrn Goebbels veröffentlicht zu seiner Bewillkommnung ein Feuilleton "Villa lässt sich rasieren". Ewers erzählt das Folgende über den mexikanischen Diktator und Rebellengeneral:

"Sie füllten ein sehr grosses Glas mit schmutzig=gelbem Agavenschnaps, reichten es ihm. Er nahm einen starken Schluck, spülte sich den Mund aus,spie das Zeug achtlos über die Brüstung. Dann nahm er einen zweiten Schluck,lehnte sich zurück, schloss halb die Augen. Aber wie der Barbier herankam,richtete er sich schnell hoch, spitzte die dicken Lippen, spritzte ihm den Pulquwe mitten ins Gesicht. Lachte brüllend auf und klatschte in die Hände, freute sich wie ein kleiner Junge über den wohlgelungenen Scherz. Der Soldat wischte das Gesicht ab, grinste mit ihm und alle lachten ringsum. Aber nicht devot,nicht kriechend und unterwürfig,nein,offen freudig und herzlich,es war ein sehr guter Scherz. Wirklich,das musste man sagen".

Der Diktator,der dem Untertanen mitten ins Gesicht speit, während die Untertanen fröhlich und herzlich über den wohlgelungenen Spass lachen,das ist wahrhaftig sin treffendes Symbol! Der Diktator: Herr Hitler. Die Untertanen: sind auch schon vorhanden. Es ist die Herde der stockreaktionären gesinnungslosen und würdelosen Spiessbürger,die den Nationalsozialisten nachlaufen.Als Hitler im hessischen Wahlkampf sprach, kniete eine Dame aus dem Bürgertum vor ihn nieder und überreichte ihm kniend einen Blumenstrauss.

Wenn die Servilität der Untertanen zur Entäusserung aller Würde führt, dann wächst bei den Diktatoren das Vergnügen daran,den Untertanen ins Gesicht zu speien. Die Geschichte des Septemberlings Hans Heinz Ewers und die auf den Knieen rutschende hessische Spiessersfrau, sie geben zusammen ein treffliches Bild vom Wesen des Nationalsozialismus.

Prozesse der Schlangenmenschen.

In Deutschlands einzigem Artistengericht - 400 Prozesse jährlich - Seiltänzer, Clowns, Kanonen, Elefanten.

SPD.Arbeitsgericht Berlin, Zimmer 34: eine Welt für sich, von der Umwelt deutlich abgesondert. Denn während alle anderen Zimmer des Hauses durchweg das gleiche Gesicht zur Schau stellen: immer dasselbe Lehrmädchen, derselbe entlassene Buchhalter, derselbe Botenjunge und dieselbe Verkäuferin - im Zimmer 34 geht es abenteuerlicher zu. Und man sieht: die "niedliche Reifenspringerin", den "tollkühnen Löwenbändiger", den "unübertrefflichen Schlangenmenschen" den lockenköpfigen Vortragskünstler und die Tänzerin, die in allen Farben schillert.

Das ist das Variete-Schiedsgericht, das einzige in Deutschland. Aus allen Gauen des Reiches kommen Klagen hier zum Austrag - sämtliche Artistenprozesse, soweit es sich um deutsche Arbeitsstätten handelt, finden hier ihren Richter. Es geht gemütlich zu vor diesem Gericht, man raucht und plaudert, es wird gefachsimpelt und geklatscht, und nur zuweilen bittet der Richter höflichst, die Unterhaltung etwas leiser zu führen. Alte Bekannte feiern Wiedersehen, man trifft sich ja so selten als "reisende Nummer" - und man ist hier ganz unter sich. Als Anwälte stehen sich gegenüber ein Vertreter des "Internationalen Variete-Theater-Direktoren-Verbandes" als Arbeitgeber und ein Vertreter der "Internationalen Artistenloge" als Arbeitnehmer. Der Richter, der kein Berufsrichter zu sein braucht, sondern irgendein Fachmann für Recht im Artistengewerbe, wird angestellt von den Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer, die sich auch in die Kosten seines Gehaltes teilen. Ihm zur Seite vier Beisitzer: zwei Varietedirektoren und zwei Artisten. Und sie "eröffnen die heutige Sitzung".

Der Zirkus Gleich verpflichtet Leinert, den Clown. Der hat sich in Deutschland durch eine besondere Attraktion bekannt gemacht: er zieht eine Kanone hinter sich her, feuert sie während der Vorstellung ab und schiesst unter ungeheurem Getöse einen zweiten Clown heraus. Natürlich enthält die Kanone zu diesem Zweck einen starken, sehr schleuderfähigen Katapult - Rauch und Kanonendonner werden als notwendiges Beiwerk lediglich durch Zündkapseln hervorgerufen. Eines Abends versagt eine Zündkapsel, der Artist wird zwar "herausgeschossen", aber kein Rauch steigt hoch, und nur lächerliches, leises "Dum" ertönt. Folge: dass der Direktor eine Tagesgage abzieht. Klage des Clowns endet mit der Verurteilung des Direktors, die betreffende Tagesgage nachzuzahlen. Denn ein Verschulden des Artisten liegt nicht vor und für das Versagen rein maschineller Hilfsmittel kann er in diesem Fall nicht haftbar gemacht werden.

Die Berliner "Scala" verklagt den Illusionisten Okito, einen unserer besten Zauberkünstler. Kurz vorher hatte er an der Bühnenschau eines Kinos mitgewirkt, das in einem benachbarten Stadtviertel liegt. Nun dürfen aber Artisten, die mehr als 25 Mark pro Kopf und Tag verdienen, vor Antritt eines Engagements nur an solchen Bühnen tätig gewesen sein, die von der neuen Arbeitsstätte mehr als drei Kilometer entfernt sind. Denn sonst würden sie ja das Publikum der neuen Bühne nicht mehr anlocken. Okito hatte Pech: einwandfreie Geometer, die selbst er nicht "bezaubern" konnte, massen die Entfernung nach, und tatsächlich, sie betrug nur 2,8 Kilometer. Die Strafe folgte ihm auf dem Fusse.

Folgt ein Prozess um die verletzte Eitelkeit: die Tänzerin Fiametta Hildegarde gegen das Liebig-Theater in Breslau. Fiametta sollte, hiess es im Ver-

trag, bei allen Inseraten und Plakaten an erster Stelle genannt werden. Die Vorstellungen hatten bereits begonnen - da geschah etwas Fürchterliches: der Name eines Kraftmenschen war ebenso gross gedruckt wie der Name der zierlichen Fiametta. Fiametta brach in Tränen aus und packte am selben Abend die Koffer, nicht ohne noch rechtzeitig den Direktor zu verklagen: der die volle Monatsgage (150 Mark pro Abend!) nachzahlen musste.

Hat der "Mittelmann" der Schleuderbrett-Truppe gezittert oder nicht? Das ist Gegenstand einer Beweisaufnahme. Es klagen die "Winston Brothers" gegen den Zirkusdirektor Holzmüller. Um die Geschichte zu verstehen, muss man eine Bestimmung des Tarifvertrages kennen: Artisten, die länger als einen Monat bei einem bestimmten Unternehmen engagiert sind, gelten als Hauspersonal, müssen also an Umzügen in der Manege teilnehmen, während ihrer Freizeit in Gala-Uniform "Stallmeister spielen" usw. Zirkusdirektor Holzmüller aber verlangte mehr als Umzüge durch die Manege: er veranstaltete Umzüge durch die Stadt - der Führer der Winston Brothers weigerte sich, daran teilzunehmen und wurde in eine Ordnungsstrafe von 5 Mark genommen. Dies sollte nur "kleine Ursache" für eine "grosse Wirkung" werden: der Artist geriet in eine solche Wut, dass er "am ganzen Leibe zitterte". Nun war er aber "Mittelmann" und jedes Zirkuskind weiss, dass der Mittelmann die wichtigste Persönlichkeit einer jeden Schleuderbrett-Nummer ist. Von seiner Sicherheit und Zuverlässigkeit hängt das Gelingen des Ganzen ab. Ein zitternder Mittelmann hätte also nicht nur den ganzen Auftritt verpfuscht, sondern Leib und Leben der übrigen Truppe aufs Höchste gefährdet. Die Winston Brothers weigerten sich deshalb, aufzutreten, und Herr Holzmüller warf sie heraus mitsamt des Schleuderbretts. Im Prozess bestätigten Zeugen das "Zittern am ganzen Leibe" in seinem vollen Umfange, und der Direktor musste, anstatt 5 Mark Ordnungsstrafe einzukassieren, 7 384 Mark bezahlen, nämlich die volle Gage.

In grossen Zirkus- und Variete-Betrieben geschieht es häufig, dass die Direktoren für ein bestimmtes Monatsprogramm mehr Nummern verpflichtet haben als nötig gewesen wäre - oder Nummern, die nicht recht zusammenpassen. Dann versuchen sie, die Verträge auf irgendeine Art wieder rückgängig zu machen - oder, wie der Fachausdruck lautet, "abzuschminken". Auch hieraus ergeben sich zahlreiche Prozesse:

Ein Zirkusdirektor sah Photographien von einem Clown, der einen ausgewachsenen Elefanten auf der Nase balanciert - war begeistert und engagierte den Clown. Nachher löste er den Vertrag - Begründung: er habe geglaubt, es handle sich um einen lebenden Elefanten, in Wirklichkeit sei es doch aber nur ein aufgeblasener, aus Gummi. Natürlich verlor er den Prozess. In einem andern Fall war das Engagement ebenfalls auf Grund von Photographien zustande gekommen, die den Artisten mit einem Affen in Menschengrösse, "Tarzan 2" genannt, zeigten. Auch hier löste die Direktion den Vertrag, und auch hier gab sie die Erklärung ab, sie hätte einen "richtigen" Affen vermutet - während ein verkleideter Mensch zum Engagement erschienen sei. Tatsächlich weiss aber jeder Fachmann, dass es noch niemals einem Dompteur gelungen ist, Affen in Menschengrösse zu dressieren.

Vierhundert solcher Artistenprozesse werden jährlich hier entschieden. Diese Zahl ist ausgesprochen niedrig gegenüber den Streitigkeiten in andern Berufen.

B.

\+ + +

Zurück aus Ostgrönland. Der dänische Grönlandforscher Dr. Knud Rasmussen ist von einer im August begonnenen Ostgrönlandexpedition zurückgekehrt, bei der er 2 500 Seemeilen im Motorboot zurücklegte. Rasmussen teilte mit, dass er wertvolle archäologische Funde gemacht und u.a. auch den Wohnplatz des ersten Ostgrönlandfahrers aus dem 10. Jahrhundert entdeckt habe.

\+ + +

Der Schmerz einer Mutter.

Verfahren gegen Unbekannt im Calmette=Prozess - Professor Klotz kann sich an nichts erinnern.

SPD. Lübeck,17.Nov. (Eig.Drahtb.)

In der Dienstag=Verhandlung überreichte Staatsanwalt von Beust dem Gericht eine Abschrift der Krankengeschichte des Kindes Neuner. Das Original dieser Krankheitsgeschichte ist nicht mehr vorhanden. Ebenso fehlen die Krankheitsgeschichten der Kinder Lemke und Senger. Rechtsanwalt Dr.Wittern: "Mich bedrückt seit Tagen die Tatsache,dass die Aussagen in wesentlichen Punkten unvollständig bleiben. Die Krankheitsgeschichten der gerade für uns Nebenkläger wichtigsten Kinder fehlen uns. Ich bitte die Staatsanwaltschaft,zu veranlassen,sofort ein Verfahren gegen Unbekannt einzuleiten. Ich bitte in diesem Verfahren alle in Frage kommenden Personen darüber zu vernehmen,wo sich die Krankengeschichten befinden oder wer sie vernichtet hat". Oberstaatsanwalt Dr.Lienau: "Ich werde sofort Ermittlungen anstellen".

Dr.Wiener äusserte sich dann eingehend über den Krankheitsverlauf des Kindes Schwarz, das am 26.April 1930 seziert wurde, und dessen Sektion die Schädlichkeit des in Lübeck verabreichten Impfstoffes ergab. Der Vorsitzende: "Haben Sie,als das Kind Schwarz noch lebte,einen Verdacht gehabt,dass die Erkrankung dieses Kindes vielleicht mit der BCG=Fütterung in Zusammenhang stehe?" Dr.Wiener: "Ich habe mir nichts über diesen Fall notiert."

Ergreifend schilderte dann die Mutter des Kindes Bethge die Erkrankung ihres Kindes: "Am 13.April 1930 brachte ich mein Kind ins Kinder=Hospital. Bei der Einlieferung sagte ich zu Frau Dr.Küsel: Ich glaube,mein Kind ist an Calmette erkrankt. Nach der Fütterung hat es bis zu 41,8 Fieber gehabt.Frau Dr.Küsel untersuchte das Kind, sagte: Warten Sie,bis Herr Professor Klotz kommt. Als Professor Klotz kam,empfing sie ihn mit den Worten: Herr Professor, schon wieder ein Calmette=Kind! Mein Kind blieb dann im Kinder=Hospital. Täglich fragte ich,was fehlt meinem Kind,wie geht es ihm. Keine Antwort.Eines Tages sagte mir Dr.Wiener; ich soll Ihnen von Professor Klotz sagen....also Herr Professor Klotz meint... es handelt sich um eine tiefsitzende Erkältung, um eine Grippe, wenn Sie kein Vertrauen haben.... das Kinderhospital ist kein Gefängnis... wenn Sie wollen, nehmen Sie Ihr Kind doch heraus!"

Professor Klotz konnte auf diese Aussagen nur seinen Refrain wiederholen: "An Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern". Als Frau Dr.Küsel nochmals vorgerufen wurde,fragte sie der Vorsitzende: "Hatten Sie vor der Sektion des Kindes Schwarz schon den Verdacht,dass bei den BCG=Impflingen Fütterungsschäden auftraten?" -Frau Dr.Küsel: "Ich hatte beobachtet,dass die mit BCG gefütterten Kinder besonders anfällig waren. Diesen Verdacht habe ich Professor Klotz und Dr.Wiener gegenüber geäussert."

Weiterverhandlung am Donnerstag.

\+ + +

Sklarek und Schneider. In der Dienstag=Sitzung des Berliner Sklarek=Prozesses wurden die Beziehungen zwischen den Brüdern Sklarek und dem angeklagten Bürgermeister Schneider erörtert. Die Anklage wirft Schneider u.a. vor,von Max Sklarek 20 ooo Mark in bar und zahlreiche Geschenke an Gegenständen und Lebensmitteln erhalten zu haben.Den Erhalt der Barzuwendungen bestreitet Schneider; für die Geschenke will er sich durch Gegengeschenke revanchiert haben. Zwei silberne Armleuchter aus Schneiders Besitz,die auf dem Gerichtstisch aufgebaut wurden,sind angeblich von einem Renngewinn bezahlt worden.

\+ + +

Ohrfeigen für den Lehrer. Der bekannte pazifistische und anarchistische Schriftsteller Ernst Friedrich wurde vom Erweiterten Schöffengericht in Breslau wegen Hausfriedensbruchs zu 50 Mark und wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Friedrich hatte im vergangenen Jahre bei Gelegenheit eines vorübergehenden Aufenthaltes in Breslau einen Lehrer vor versammelter Klasse geohrfeigt, weil dieser seine Tochter aus nichtigem Anlass geschlagen hatte. Die Beweisaufnahme ergab, dass ungeachtet des preussischen Ministerialerlasses aus dem Jahre 1928, der die körperliche Züchtigung u.a. bei Mädchen untersagt, in der Klasse stets ein Rohrstock vorhanden und auch verwendet worden war. Ein Sachverständiger gab zu, dass das Verhalten des Lehrers vorschriftswidrig gewesen sei. Eine Beleidigung des gesamten Lehrerstandes hielt das Gericht nicht für gegeben, da Friedrich in Erregung gehandelt habe und "in seine Idee verrannt" sei. Der Ausgang des Verfahrens gegen Friedrich wird in Breslau wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung insbesondere in pädagogischen Kreisen viel besprochen.

\+ + +

"Amerika". Das Gericht von Middlesborom (Kentucky, USA) hat gegen den amerikanischen Schriftsteller Theodore Dreiser und acht andere New Yorker Journalisten, die Berichte über furchtbare Elendszustände im Kentucky'schen Kohlengebiet von Harlan veröffentlichten, Anklage erhoben wegen Aufhetzung der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten und "wegen eines auf Staatsumsturz gerichteten verbrecherischen Syndikalismus". Die von Dreiser und den anderen Polizisten getroffenen Feststellungen werden durch die Anklage eher bestätigt als erschüttert.

\+ + +

Prozess gegen Rauschgiftschmuggler. In Basel begann ein auf etwa zwei Wochen berechneter Prozess gegen 23 des Rauschgiftschmuggels angeklagte Personen: Deutsche, Schweizer, Franzosen, Italiener, Polen, Aegypter. Der Hauptangeklagte ist der Chemiker Dr. Fritz Müller aus Basel, der in seinem Laboratorium für etwa 1½ Millionen Schweizer Franken Kokain und Heroin herstellen und durch die anderen Angeklagten ins Ausland schmuggeln liess.

\+ + +

Grünes Bier. In London gibt es jetzt grünes Bier zu kaufen. Die Chemiker der Brauerei, die diese Neuheit auf den Markt gebracht hat, bemühen sich gleichzeitig mit der Herstellung von Bier in rot, blau und violett. Der Sinn dieser Bemühungen ist es, denen, die keine anderen Sorgen haben, die Abstimmung ihrer Bierfarben auf ihre Wohnungseinrichtung und auf die Farben der Kleider der sie begleitenden Damen zu ermöglichen.

\+ + +

Bank im Bein. In der Irrenanstalt von Boise (Idaho, USA) lebt eine Geisteskranke, die - geistesgegenwärtig genug war, ihr Vermögen im Innern ihres hohlen Holzbeines aufzubewahren. Bisher hatte die Kranke erklärt, dass sie besitzlos sei. Nachdem nun aber bei einer ärztlichen Untersuchung durch Zufall festgestellt worden war, dass die angeblich irrsinnige Patientin ihr Bein als Bank eingerichtet und in ihm 3150 Dollar aufbewahrt hatte, wurde sie dazu verurteilt, für die Zeit ihres Aufenthaltes in der Irrenanstalt täglich einen Dollar zu zahlen.

\+ + +

Freitod eines Siebenjährigen. In Gross-Betscherek (Rumänien) verübte ein siebenjähriger Volksschüler, Sohn eines armen Arbeiters, Selbstmord durch Erhängen. Der Junge hatte sein Schulbuch verloren und erhängte sich mit einer Kette im Keller des elterlichen Hauses, nachdem er stundenlang weinend vergeblich nach dem verlorenen Buch gesucht hatte.

Tragikomödie.

SPD. Mit der Verbindlichkeitserklärung des Reichsbahnschiedsspruchs ist ein neuer Lohnabbau für rund 800 000 Arbeiter zum Abschluss gekommen: nämlich für 380 000 Eisenbahner, 300 000 Gemeindearbeiter, 60 000 Postarbeiter, 35 000 Reichsarbeiter und 25 000 Wasserbauarbeiter. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, welche Bedeutung diesem neuen Abbau der Massenkaufkraft zukommt.

Ein Trauerspiel! 800 000 Arbeitern ist ihr Einkommen um 4,5% oder um rund 72 000 Millionen Mark gesenkt worden. Für die Reichsarbeiter ist, um nur im Vorbeigehen ein Beispiel zu bringen, in Verbindung mit voraufgegangenen Arbeitszeitverkürzungen das Einkommen auf den Stand des Jahres 1924 heruntergedrückt worden. Es gibt genug Fälle, wo das Reichsarbeitereinkommen sich seit 1929 um 500 bis 800 Mark im Jahr vermindert hat. Die Reichsarbeiter sind aber noch nicht am schlimmsten dran. Im Verlauf der Verhandlungen wurde von den Gewerkschaften überzeugend der Nachweis geführt, dass man bei allen hier in Frage kommenden Arbeiterkategorien schon vor dem neuen Abbau nur noch von Hungerlöhnen sprechen konnte. Für die Reichsfinanzen mögen die durch die Lohnkürzungen ermöglichten Ersparnisse keine hohen Beträge darstellen, der Arbeiterschaft aber wird der Hungerriemen noch enger geschnallt. Die Kaufkraft der breiten Masse wird von neuem eingeengt. Von neuem wird dadurch die Arbeitslosigkeit gesteigert.

Das alles in einem Augenblick, wo die Reichsregierung mit Hilfe ihres Wirtschaftsbeirats einen wirtschaftlichen Ausgleich zu schaffen versprochen hat. Von der den Arbeitern abermals in Aussicht gestellten Senkung der Lebenshaltungskosten ist nicht das geringste zu beobachten. Wieder einmal war die Regierung nur stark gegen die Arbeiter. Wie sich das mit den schönen Worten des Reichskanzlers, wonach alle Volksgenossen das Gefühl haben sollen, dass die Staatspolitik vom Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit aus geführt werde, vereinbaren lässt, bleibt das Geheimnis der Reichsregierung.

Die Schlichtung spielte in dieser Lohnbewegung eine stark komische Rolle. Für den Fall, dass die Schlichter eine geringere Kürzung der Löhne als 4½% in den zu fällenden Schiedssprüchen festlegten, waren solche Schiedssprüche mechanisch durch die Notverordnung selbst ausser Kraft gesetzt und den betreffenden Arbeitgebern war das Recht zugesprochen, die Löhne der Arbeiter in dem vorgesehenen Umfang mit tarifrechtlicher Wirkung zu kürzen. Die Schlichter waren, wollten sie sich nicht von den Arbeitgebern ihren Schiedsspruch korrigieren lassen, gezwungen, mindestens einen Abbau von 4,5% auszusprechen. Merkwürdigerweise hat man von keinem der in Betracht kommenden Schlichtungsbeauftragten einen Protest gegen den gesetzlichen Eingriff in die Unparteilichkeit des Schlichters gehört. Keiner der Schlichter hat den Kürzungsbetrag von 4½% überschritten; es ist aber auch keiner unter diesem Prozentsatz geblieben. Gewiss wurde es den Schlichtern nicht leicht, gemeinsam mit den Arbeitgebern die an sich und für sich bereits erbärmlichen Löhne zu kürzen. Aber das ändert nichts daran, dass bei den Unparteiischen der Drang, einen Befehl auszuführen, eben doch stärker war als das Streben nach einer gerechten Entscheidung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Schiedssprüche für die Reichspost, das Reich und die Wasserbauverwaltung auf dem Anordnungsweg durch die Notverordnung zum Tarif erhoben wurden, während die Schiedssprüche für die Reichsbahn und die Gemeinden vom Reichsarbeitsminister

für verbindlich erklärt wurden. Besonders interessant ist das Beispiel zwischen dem Reichsfinanz- und dem Reichsarbeitsminister. Nach der Notverordnung vom 5. Juni gab sich das Reichsfinanzministerium das Recht, die Löhne der Reichsarbeiter zu kürzen. Zunächst hat es von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht, sondern in Ausführungsbestimmungen festgelegt, dass die Lohnbewegung der Reichsarbeiter ebenfalls durch ein Schiedsverfahren zum Abschluss gebracht werden solle. Das ist auch geschehen. Der Schiedsspruch ist dann von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Nach normalem Verlauf der Dinge hätte nunmehr das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung aussprechen müssen. Das ist nun aber nicht geschehen, sondern das Reichsarbeitsministerium hat nun die Entscheidung wieder dem Reichsfinanzministerium zugeschoben, und dieses hat nun seinerseits nicht von der Notverordnung Gebrauch gemacht, sondern einen gefällten Schiedsspruch angeordnet. Es ist also ein Schiedsspruch, der nicht Rechtswirksamkeit erlangt hatte, nicht von dem zuständigen Reichsarbeitsministerium, sondern von dem Finanzministerium in Kraft gesetzt worden. Das alles nennt man bei der Regierung: Wahrung des Tarifrechts. Der Arbeiter nennt es: Komödie.

Tragikomödie!

SPD. Die Finanzlage der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a.M. gab einem Teil der Presse Anlass zu einer wüsten Hetze gegen die Krankenkassen. Wie liegen die Verhältnisse bei der AOK Frankfurt a.M. in Wirklichkeit?

Die Not der Wirtschaft ist auch eine Not der Krankenkassen. Diese Not tritt nicht bei allen Kassen in gleichem Mass in Erscheinung, weil zum Teil noch Reserven vorhanden sind. Sind diese verbraucht, dann müssen die noch vorhandenen Mehrleistungen abgebaut oder die Beiträge erhöht werden. In Frankfurt a.M. ist das jetzt eingetreten und zwar durch eine Häufung unglücklicher Zufälle.

Die Kasse beschloss 1926 den Bau eines Verwaltungsgebäudes. Wenn sie die Wirtschaftskatastrophe nicht vorausgesehen hat, so kann man ihr daraus noch keinen Vorwurf machen; denn schliesslich haben sich ja auch sehr viele Wirtschaftsführer und Behörden keineswegs als Propheten erwiesen. Im Verfolg der ersten Notverordnung musste der Beitragssatz am 1. November 1930 von 7½ auf 6% ermässigt werden. Diese zu starke Herabsetzung ist trotz der Warnungen der versicherten Vertreter von den Arbeitgebervertretern erzwungen worden. Hierdurch und infolge der Verringerung der Löhne ging die Einnahme der Kasse um rund 38% zurück. Die Ausgaben blieben aber auf der alten Höhe, da es nicht gelang, bei den Heilberufen, Krankenhäusern und Lieferanten die notwendigen Preissenkungen zu erzielen.

Der Ueberschuss des Jahres 1930 in Höhe von 400 000 Mark wurde in den ersten Monaten dieses Jahres aufgezehrt. Daher beantragte der Vorstand bereits im März eine Beitragserhöhung. Wieder lehnten jedoch die Arbeitgeber jede Erhöhung ab. Nunmehr setzte die Aufsichtsbehörde im April (als es schon zu spät war) eine Erhöhung des Beitrages auf 6½% durch. Die Versichertenvertreter bezeichneten diese Erhöhung als unzureichend, hatten aber damit keinen Erfolg. Da inzwischen die Löhne noch weiter gesunken waren, und ausserdem infolge der Finanzkrise die Beiträge nur schleppend eingingen, geriet die Kasse in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Arbeitgeber lehnten alle Sanierungsvorschläge ab; sie verlangten den Abbau sämtlicher Mehrleistungen. Das Versicherungsamt verfügte darauf eine Erhöhung der Beiträge auf 6,90% und beschnitt die Mehrleistungen erheblich. Die Arbeitgebervertreter fochten die Verfügung an und forderten, dass die Mehrleistungen restlos beseitigt und die Beiträge wieder herabgesetzt würden. Das Oberversicherungsamt lehnte das ab. Die Verbindlichkeiten der Kasse stiegen schliesslich auf 1,2 Millionen an. Kredite waren nicht zu erhalten, weil je-

der Plan aus der Vorstandssitzung sofort in die Presse gebracht wurde. Die Arbeitgeber sind mit ihren Zahlungen in Höhe von einer halben Million im Rückstand. Weitere 600 000 Mark konnten nicht beigetrieben werden. Anfangs November verlangte das Versicherungsamt den Abbau sämtlicher Mehrleistungen und eine befristete geringe Beitragserhöhung. Abermals waren die Arbeitgeber gegen jede Beitragserhöhung. Das Versicherungsamt wird nun von sich aus eine geringe Erhöhung der Beiträge vornehmen. Diese wird genügen, um der Kasse über den Berg zu helfen.

Aus diesem von berufener Stelle uns mitgeteilten Tatbestand ergibt sich, dass die Kasse niemals in die jetzige Lage gekommen wäre, wenn die Arbeitgeber es nicht immer wieder abgelehnt hätten, rechtzeitig die Beiträge auf die erforderliche Höhe zu bringen. Die Lage der Kasse ist zwar ernst, aber nicht verzweifelt. Gewährt man ihr eine Atempause, so wird sie ihren Etat wieder ins Gleichgewicht bringen.

SPD. Im Duisburger Hafen streiken seit Dienstag etwa 800 Hafenarbeiter und Kranmaschinisten. Der Streik wendet sich gegen einen Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 5½% vorsieht. Mit Ausnahme der staatlichen Kipperanlage und der Kohlenverladeanlage des Kohlenkontors ruht der gesamte Güter- und Umschlagverkehr. Der Verkehrsbund will die Streikbewegung mit aller Entschiedenheit durchführen. Er fordert von den Seeleuten Solidarität mit den Hafenarbeitern. Jede Lösch- und Ladearbeit an Bord ihrer Fahrzeuge muss verweigert werden.

Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch angenommen und fordern Verbindlichkeitserklärung. Die Nachverhandlungen finden Samstag in Dortmund vor dem Schlichter statt.

SPD. Die Parteiverhandlungen im Lohnstreit des Ruhrbergbaues, die am Dienstag in Essen stattfanden, sind gescheitert.

Der Zechenverband fordert 10% Lohnabbau und Erweiterung der Randzechenklausel. Er verweist auf das Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums und auf die Erlösverschlechterung durch die Pfundkrise. Die Selbstkostensenkung könne nur bei den Löhnen gefunden werden, da das heutige Regierungssystem andere Möglichkeiten einer Entlastung auf dem Gebiete der Steuern, Frachten und Zinsen nicht gezeigt habe. Ausserdem berufen sich die Unternehmer auf den seit 1929 eingetretenen Rückgang der Lebenshaltungskosten, der 13% betrage.

Die Gewerkschaftsvertreter lehnten jeden weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ab. Sie betonten, infolge des zweimaligen Lohnabbaus und durch die zahlreichen Feierschichten sei das Einkommen der Bergarbeiter gewaltig geschmälert worden; es liege gegenwärtig erheblich unter dem Stande von 1913. Notwendig sei eine durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise. Befremdend wirke die Kündigung der Arbeitsverträge, bevor noch ein Verhandlungsergebnis vorliege. Der Zechenverband habe durch die Kündigung zum Ausdruck gebracht, dass er trotz seiner angeblich so schlechten Lage vor einem offenen Arbeitskampf nicht zurückschrecke. Der Bergarbeiter könne sich jedoch auf keinen Fall sein Einkommen noch weiter schmälern lassen.

Die Schlichtungsverhandlungen werden voraussichtlich am 23. November stattfinden.

Wirtschaft Technik Handel

Verschärfte Ausfuhrkontrolle.

Die Löcher im Devisennetz. - Neue Devisenabflüsse. - Gegenmassnahmen werden angekündigt.

SPD. Der Ausweis der Reichsbank für die 2.Novemberwoche bringt wieder neue schwere Devisenverluste. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 72,2 auf rund 1190 Millionen Mark verringert. Die Devisenverluste, die sich in den drei vorhergehenden Wochen in dem Rahmen zwischen 6 bis 13 Millionen je Woche hielten, haben sich also in der zweiten Novemberwoche fast versechsfacht. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähigen Devisen ging von 27,8 auf 26,7 Prozent zurück. Im inneren Kreditverkehr hat sich die Entlastung durch Rückzahlung von 47,7 Millionen Wechsel fortgesetzt; der gesamte Wechsel-, Scheck- und Lombardbestand ist auf 3997,6 Millionen gesunken. Der bedeutend stärkere Rückfluss an Reichsbanknoten und Rentenmarkscheinen von fast 89 Millionen lässt den Schluss zu, dass unter den gehamsterten Geldern in der Oeffentlichkeit eine leichte Lockerung eingetreten ist. Zeigt also die Kreditgewährung der Reichsbank um die Mitte November ein einigermassen normales Aussehen - die Entlastung gegenüber dem Oktoberultimo beträgt 78,6 Prozent -, so bleibt doch die anhaltende Verschlechterung der Devisenbilanz nach wie vor ein wunder Punkt und ein Rätsel.

Das Rätselhafte dieser ständigen Devisenverluste ist, dass Deutschland im laufenden Jahr einen Rekord an Ausfuhrüberschüssen erzielt hat, die sich für die zehn ersten Monate dieses Jahres auf 2,13 Milliarden Mark und von Juli bis Oktober allein auf 1,32 Milliarden Mark belaufen. Zwischen diesen Exportüberschüssen, die normalerweise gleichbedeutend mit Devisenüberschüssen sind und den ständigen Devisenabgängen bei der Reichsbank klafft der grosse Widerspruch.

In einer Untersuchung hat die Reichsbank jetzt versucht, den Ursachen statistisch auf die Spur zu kommen. Die Untersuchung umfasst die Zeit vom 1.September bis 7.November. Danach beläuft sich in diesem Zeitabschnitt die Gesamteinnahme an Devisen durch die Reichsbank auf 1,297 Milliarden und die Devisenausgaben auf 1,761 Milliarden Mark. Es ergibt sich also in diesen zehn Wochen ein Devisenverlust von 464 Millionen Mark. Natürlich sind in diesen Zahlen nur die Einnahmen und Ausgaben an Devisen enthalten, die sich über die Reichsbank und nicht im freien Verkehr vollzogen haben. Bei einer Aufgliederung der Devisenausgaben entfallen 818,7 Millionen auf den Warenverkehr und 942,3 Millionen auf den Kapitalverkehr. Bei den Devisenausgaben im Kapitalverkehr haben die Kreditrückzahlungen einschliesslich der Zinsen für die kurzfristigen Kredite seit dem 1. September 690,1 Millionen beansprucht; Zinsen und Tilgungen für ausländische Anleihen erforderten 186,9 Millionen und mehrere Unterposten zusammen 65,3 Millionen Mark. Ohne die Rückzahlung ausländischer Kredite (690,1 Mill.) wäre also seit dem 1.September kein Verlust, sondern ein Devisengewinn von 226 Millionen entstanden. Die seit dem Juli an das Ausland zurückgezahlten Kredite schätzt die Reichsbank auf reichlich 1 Milliarde Mark.

Zu den vielfachen Angriffen in der Oeffentlichkeit, dass die hohen Exportüberschüsse sich in der Devisenbilanz der Reichsbank nicht auswirken, wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, dass sich in den letzten Monaten eine

klaffende Zahlungsschere im deutschen Aussenhandel aufgetan hat. Diese Schere beruht darauf, dass die Zahlungsfristen beim Import nach wie vor sehr kurz sind, andererseits aber der verschärfte Kampf um den Weltmarkt den Export vielfach zu einer beträchtlichen Verlängerung der Zahlungsziele zwingt. Unter diesen Umständen können sich in der Devisenbilanz jetzt erst die Exportüberschüsse von Juni und Juli voll auswirken, während der Ausfuhrüberschuss vom August bis Oktober in Höhe von rund einer Milliarde Mark zur Zeit noch nicht oder nur sehr wenig zur Geltung kommt. Würde man aber auch annehmen, dass die in den beiden letzten Monaten September und Oktober besonders hohen Exportüberschüsse von 857 Millionen bereits voll eingegangen wären, so würden die Beanspruchungen aus dem Kapitalverkehr immer noch hundert Millionen über diesem Betrag liegen.

Die Reichsbank ist nach wie vor der Meinung, dass die Devisenkontrolle im wesentlichen funktioniert und die schlechte Entwicklung in den letzten zwei Monaten auf die verschiedenen Löcher im Stillhalteabkommen zurückzuführen ist. Diese Löcher sind aber durch die inzwischen erfolgten 7 Devisennotverordnungen verstopft worden, ohne dass man allerdings die Gewähr hat, dass nicht andere Löcher gefunden werden. Um die immer noch illegitimen zurückgehaltenen Exportdevisen zu erfassen, hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbankleitung eine weitere Verschärfung der Aussenhandelskontrolle beschlossen. Wie diese Verschärfung im einzelnen aussehen wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls wäre es unseres Erachtens notwendig, den technischen Apparat, den die Reichsbank in ihren 455 Zweigniederlassungen besitzt, in die Aussenhandelskontrolle einzuschreiten. Auf Grund langjähriger Erfahrungen müsste jeder Leiter einer Reichsbankstelle in der Lage sein, die Exportgeschäfte seines begrenzten Kundenkreises restlos zu übersehen und zu kontrollieren. Es wäre auch erwünscht, wenn die Reichsbank ihre Drohung, über Devisenhamsterer eine scharfe Kreditsperre zu verhängen, rücksichtslos in die Tat umsetzen und die Oeffentlichkeit über die durchgeführten Vergeltungsmassnahmen entsprechend unterrichten würde. Die sorgfältige Untersuchung über die Mängel der Vergangenheit und die Versuche, die Löcher der Kapitalflucht zu verstopfen, können jetzt allein nicht mehr genügen. Der Reichsbank stehen am 1. Januar, wo hohe Anforderungen für Zinszahlungen an das Ausland an sie herantreten, und noch mehr am 29. Februar, dem Ablauf des Stillhalteabkommens, schwere Stunden bevor. Für Rückblicke ist keine Zeit mehr. Jetzt muss gehandelt werden und hierzu muss die staatliche Autorität restlos eingesetzt werden.

SPD. Der Konsumverein Vorwärts in Dresden erzielte in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr bei Einnahmen in Höhe von 5,446 Millionen Mark, Unkosten von 4,708 Millionen Mark und Abschreibungen von 702 000 Mark eine Erübrigung von rund 27 385 Mark, die vorgetragen werden. Der Umsatz hat sich mit 46,2 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr um 9 Millionen Mark = 16,3 Prozent verringert. Die Preisrückgänge werden mit 15 Prozent angegeben. Somit kann man annehmen, dass der mengenmässige Umsatzrückgang nicht allzu bedeutend ist. Allerdings ist eine Abwanderung im Verbrauch hochwertiger Güter zu Ersatzerzeugnissen eingetreten. So ging der Umsatz in Butter um 11,6 Prozent zurück, der Umsatz in Margarine steigerte sich aber um 12,3 Prozent. In Röstkaffee wurden 12,2 Prozent weniger umgesetzt, bei Kaffeesatzstoffen trat aber eine Zunahme im Umsatz um 0,7 Prozent ein. In den Mitgliederlisten wurden abermals die Papiersoldaten entfernt. Bei 3 340 neuen Mitgliedern ergibt sich am Schluss des Geschäftsjahres ein Mitgliederbestand von 77 057 gegenüber 80 406 am Schluss des Vorjahres. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied sank von 687 Mark auf 600 Mark.

In der Sparkasse übertrafen zum ersten Mal die Auszahlungen mit 1,483 Millionen Mark die Einzahlungen. Der Spareinlagenbestand machte Ende Juni

1931 = 19,227 Millionen Mark aus gegenüber 19,709 Millionen Markvor einem Jahr.

Der Konsumverein Dresden führt in seinem Geschäftsbericht eine Vergleichung zwischen deutschen und schweizerischen Preisen durch,die die Auswirkungen der Zölle in Deutschland zeigt. Danach kosteten

	Basel	Grenzort Lörrach in Baden
	(1 Kilogramm in Mark am 1.Juni 31)	
Brot	0,29	0,44
Auszugsmehl	0,32	0,60
Graupen	0,32	0,56
Haferflocken	0,38	0,60
Kristallzucker	0,27	0,76
Röstkaffee	2,56	5,40

Der Konsumverein Vorwärts in Dresden hat dadurch die verteuernde Nahrungsmittelpolitik des Reichsernährungsministeriums treffend gekennzeichnet.

SPD. Das deutsche Unternehmertum verlangt einen neuen Lohnabbau und begründet ihn vorzugsweise mit dem Hinweis, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten durch die Entwertung des englischen Pfundes äusserst verschärft worden sei. Man müsse der Pfundentwertung in England durch niedrige Löhne entgegen treten.

Daran ist richtig, dass die Position des englischen Exports durch die Pfundentwertung gestärkt wird. Ueber die praktischen Auswirkungen ist damit aber noch nichts gesagt. Entwertung einer Währung bringt für den Export Vorteile, die das deutsche Unternehmertum immer sieht,aber auch Nachteile,über die sich das deutsche Unternehmertum ausschweigt.

Eins der strittigsten Gebiete zwischen den Deutschen und den Engländern ist der Kohleexport. Hier wird seit Jahren mit einer beispielslosen Leidenschaft und bis zum Weissbluten gekämpft. Es haben sich im Norden Deutschlands die sogenannten bestrittenen Gebiete herausgebildet, in denen die englischen Kohlenexporteure mit den Ruhrzechen kämpfen. Hier müssten sich die Wunderwirkungen der Pfundentwertung auf den Export besonders krass zeigen. Wie haben sich aber die Dinge entwickelt?

Es ist zuzugeben und es liegt ja auch im Wesen der Pfundentwertung,dass sich die englischen Kohlenexportpreise verbilligten. Mitte September kostete beste Kesselkohle in England noch 13,77 Mark pro to. Der Preis hat sich im Export auf 11,32 bis 11,53 Mark bis Ende Oktober verringert. Bei Kokskohle trat eine Verringerung von 12,75 bezw. 13,75 auf 10,70 bezw. 11,12 Mark ein, bei Gaskoks von 18,36 Mark auf rund 15,65 Mark. Man müsste annehmen,dass sich die Belieferung der Engländer nach den bestrittenen Gebieten unter Einfluss dieser Preissenkung stark gesteigert hätte. Das ist aber keineswegs der Fall. Nach den Ausweisen des Reichsstatistischen Amtes für den deutschen Aussenhandel ergab sich eine Steinkohleneinfuhr nach Deutschland im Monat September in Höhe von 4,598 Millionen Doppelzentnern. Die Steinkohleneinfuhr hat sich im Oktober auf 5,253 Millionen gesteigert. Diese Steigerung ist einmal saisonmässig bedingt, des anderen ist festzustellen,dass die Ruhrzechen nach den bestrittenen Gebieten im grossen und ganzen im Oktober dieselben Mengen geliefert haben wie im September. Der Absatz der Ruhrzechen hat sich nur um einige Punkte zugunsten der unbestrittenen Gebiete verschoben und zwar dadurch, weil die Eindeckung mit Winterkohle stärker in Gang gekommen ist.Allgemein sind ja in diesem Jahre für die Eindeckung mit Winterkohle von der Reichsbahn mehr Waggons gestellt worden als im Vorjahre. Das mag mit einer Art Flucht in die Sachwerte zusammenhängen,d.h., viele Leute, die ihr Geld den Banken nicht mehr anvertrauen wollen,haben es für zweckmässig gefunden,sich für ihr Geld Kohlenvorräte hinzulegen. Von einer stärkeren Belieferung der Engländer

nach den bestrittenen Gebieten,wie man das aufgrund der Preisverschiebungen annehmen könnte, kann keine Rede sein.

Die Engländer haben,das muss festgestellt werden,mit ihrer Pfundentwertung nicht nur Preisermässigungen. sondern auch Preiserhöhungen mit in Kauf nehmen müssen. Und zwar gilt das,wenn man bei der Kohle bleibt,vor allem für die Seefrachten. Die Fracht von Tyne nach Hamburg kostete im September noch 3,4 Schilling = etwa 3,4 Mark. Infolge der Pfundentwertung hat sich die Fracht Ende Oktober auf 4,6 Schilling erhöht,das sind rund 3,70 Mark. Die Ermässigung des Kohleexportpreises durch die Pfundentwertung wird also schon zum guten Teil durch die Erhöhung der Seefrachten kompensiert.

Das Beispiel zeigt zur Genüge,dass das hysterische Geschrei der deutschen Unternehmer, man müsse in Deutschland abermals die Löhne abbauen,um der englischen Konkurrenz gewachsen zu sein,übertrieben ist. Es wird auch hier nicht alles so heiss gegessen,wie es gekocht wird.

SPD. Die Welle der Bakenzusammenbrüche in Rumänien will noch immer nicht abebben und hat auf dem Finanzmarkte und in Einlegerkreisen eine allgemeine Panikstimmung hervorgerufen. In Bukarest allein haben innerhalb der letzten Monate neben zahlreichen kleinen und mittleren Kreditinstituten 4 Grossbanken ihre Schalter geschlossen,darunter dasälteste Privatbankhaus Marmorosch, Blank & Co. mit annähernd 2 Milliarden bei Einlagen,von denen die Einleger nicht viel wieder sehen dürften. Die im Sommer gegründeten Bankensyndikate, die angeblich eine solidarische Haftung für die Einlagen übernehmen sollten, haben vollkommen versagt. Dieser Tage brach in Klausenburg die Spar= und Kreditbank zusammen,die ca. 600 Millionen Spareinlagen hereingenommen hatte und ein weit ausgedehntes Filialnetz in Siebenbürgen unterhielt. In den Einlegerkreisen,unter denen sich auch zahlreiche kleine Sparer befinden,ist die erste Panik einer grossen Aufregung gewichen,da sich immer mehr herausstellt, dass die meisten Zusammenbrüche weniger auf die Weltwirtschaftskrise,als auf das korrumpierte und unverantwortliche Geschäftsgebahren der Bankleitungen zurückzuführen sind. Obgleich es ein offenes Geheimnis ist,dass eine Reihe von Bankdirektoren mehrstellige ungedeckte Millionenkredite genommen und mit den Spargeldern eine unerhörte Spekulation getrieben haben, ist bisher nicht ein einziger von ihnen zur Verantwortung gezogen worden,da sie sich durchweg der Gunst hoher und höchster Stellen erfreuen....

SPD. Die Verhaftung Ludwig Katzenellenbogens hat dazu geführt,dass in der Oeffentlichkeit mit Leidenschaft die Forderung aufgestellt wird,die Untersuchung auch auf den beiden Generaldirektoren Goldschmidt und Reinhart von der Danatbank und von der Commerz= und Privatbank auszudehnen. Goldschmidt und Reinhart sitzen im Aufsichtsrat bei Schultheiss. Sie waren die massgebenden Leute bei den Banken, über die Ludwig Katzenellenbogen die Schultheissaktien aufgekauft hat. Es handelt sich um Beträge, in einem Fall um nominell 9,5 Millionen Mark, im anderen Fall um nominell 5 Millionen Mark,die gross genug sind, dass die Leiter der mit der ganzen Aktion beauftragten Banken unbedingt wissen mussten, was vorging.

Mitte November 1930 fand bei Schultheiss eine Aufsichtsratssitzung statt, in welcher die Bilanz für 1929/30 vorgelegt wurde. Zugleich wurde der Fusionsstatus der Ostwerke aufgestellt. Die Vertreter der beiden Banken können unmöglich glaubhaft machen,dass sie angesichts der ganzen Bilanzierung keine Ursache hatten und nicht verpflichtet waren, z.B. nach der Zusammensetzung der Debitoren zu fragen. Ihnen musste die Höhe der Debitoren auffallen,nachdem die Belastungen aus dem Aktiengeschäft bereits schon die Höhe der Debi=

toren erreicht hatten. Nichts von allem geschah. Als Leiter ihrer Banken wussten Goldschmidt und Reinhart von den schwer belastenden Verträgen, die Ludwig Katzenellenbogen abgeschlossen hatte. Als Aufsichtsräte stellten sie sich unwissend. Sie haben etwas verschwiegen, was sie nicht verschweigen durften.

In einer Betrachtung der Angelegenheit Ende Oktober kam der "Deutsche Volkswirt" schon zu folgendem Schluss: "Die schwerste Schuld aber haben die Herren Goldschmidt und Reinhart als Aufsichtsratsmitglieder von Schultheiss beim Abschluss der Fusion und bei der Veröffentlichung des Prospekts auf sich gezogen. Es wird uns von verlässlicher Seite mitgeteilt: In der Aufsichtsratssitzung vom Herbst 1930, die die Kapitalerhöhung von Schultheiss von 50 auf 75 Millionen zwecks Uebernahme der Ostwerke beschlossen hat, habe ein Aufsichtsratsmitglied die Frage aufgeworfen, ob nicht eine kleinere Kapitalerhöhung möglich sei durch Verwendung weiterer Aktion im Konzernbesitz. (Gemeint waren wohl die Aktien von Katzenellenbogen selbst. Red.) Es wurde ihm erwidert, dass keine Aktien zur Verfügung stünden, obwohl die Vertreter der Danat- und der Commerzbank von den grossen Abnahmeverpflichtungen der Ostwerke in Schultheissaktien natürlich gewusst haben.- Der Prospekt vom Februar 1931 wurde auch von den Vertretern der Danat- und der Commerzbank unterschrieben. Der Vertreter der Commerzbank mag unter Umständen diese Unterschrift formal damit rechtfertigen, dass die juristische Konstruktion des Konsortialgeschäftes eine Bilanzierung nicht erforderlich machte: Die Ostwerke waren nicht unmittelbare Schuldner des Konsortiums. Für den Vertreter der Danatbank, der schon Monate zuvor einen Kontoauszug mit der Schuldverpflichtung Schultheiss übersandt hatte, ist nicht einmal diese Entschuldigung möglich: Er hat einen Prospekt unterschrieben, der eine Bilanz ohne Bankschulden (mit Ausnahme des bekannten Englandkredite) enthielt, also einen Prospekt, von dem er wissen musste, dass er falsch ist".

SPD. Der neu ernannte Reichskommissar für die Osthilfe Schlange-Schöningen erläuterte am Dienstag sein Programm. Nach seiner Ansicht ist, wenn nicht für die ostdeutsche Landwirtschaft sofort Hilfsmassnahmen eingeleitet werden, im nächsten Jahr mit einer Ernährungskatastrophe grössten Ausmasses zu rechnen; denn ein grosser Teil der ostdeutschen Landwirtschaft wäre nicht mehr in der Lage, die Erntebestellungsarbeiten durchzuführen. Er habe deshalb ein neues Osthilfeprogramm ausgearbeitet. Das Reichskabinett hat dasselbe verabschiedet und durch Notverordnung in Kraft gesetzt.

Der erste Teil der Notverordnung enthält, so führt der Reichskommissar aus, das Sicherungsverfahren, d.h. jede Pfändung in landwirtschaftlichen Betrieben soll vorläufig ausgeschlossen sein, wenn die betreffenden Landwirte das beantragen. Im Interesse von Handel und Gewerbe könne aber die Stillhaltung nicht ewig dauern. Deswegen müsse in verschärftem Tempo an der Sanierung der Betriebe gearbeitet werden. Die kleinen Gläubiger, also Kaufleute und Handwerker, sollen mit Hilfe der vom Reich und der Bank für Industrieobligationen zur Verfügung gestellten Beträgen bar ausgezahlt, oder, soweit die Barmittel nicht reichen, durch Gutscheine befriedigt werden. Für die eigentliche Umschuldung reiche das bare Geld infolge des Ausbleibens der früher vorgesehenen Auslandskredite nicht aus. Daher müsse die Sanierung im Wege des Akkords erfolgen. Vor allem handele es sich um Senkung der Zinssätze, nur in Ausnahmefällen soll zu einer Kapitalzusammenlegung geschritten werden. Das Kapital der Realkreditinstitute und der ersten Hypotheken soll unter allen Umständen unangetastet bleiben. Es werde aber auf freiwilliges Entgegenkommen in der Zinsfrage gerechnet, da sonst die Schädigung der Gläubiger bei einem Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich grösser wäre. Die Frage, was mit den unrettbaren Betrieben geschieht, könne noch nicht beantwortet werden. Der

Reichskommissar denke daran, durch vereinfachte Siedlung einen Teil dieses Landes aufzuteilen, wobei die Landarbeiter an erster Stelle angesetzt werden sollen.

Dieses Programm sieht also eine Sanierung aller ostdeutschen Betriebe vor denn es ist anzunehmen, dass sich kein Betrieb von den Sanierungsmassnahmen ausschliessen wird, da er durch sie eine Erleichterung der Zinslast erreichen kann. Vernünftig ist in dem neuen Programm, dass auf die kleinen Gläubiger Rücksicht genommen wird; denn bei einer Zwangsversteigerung würden ihre Forderungen zuerst ausfallen und somit der ostdeutschen Wirtschaft ein grösserer Schaden entstehen als durch eine Schädigung der Hypothekengläubiger. Es darf aber die Gefahr für den landwirtschaftlichen Kreditmark nicht verkennt werden, die durch eine Senkung der Zinsen oder Zusammenlegung des Hypothekenkapitals entsteht. Jeder neue Kreditzufluss nach dem deutschen Osten wird dadurch für die nächste Zeit verhindert, wenn durch die notwendigen Kapitalabschreibungen nur die Gläubiger belastet werden, nicht aber die Schuldner. In allen Fällen, in denen die Landwirte durch eigene Schuld in ihre schwierige Lage gekommen sind, müssen sie ebenso an dem Kapitalverlust beteiligt werden wie die Gläubiger.

SPD. Das Reichsstatistische Amt gibt für die Ernte 1931 jetzt endgültige Ziffern an. Sie lassen darauf schliessen, dass der Getreideeinfuhrbedarf in Deutschland weit grösser ist als vom Deutschen Landwirtschaftsrat und vom Reichsernährungsministerium bisher angenommen wurde. Die Schätzungen des Reichsstatistischen Amtes lauten:

Winterroggen	6 592 000 t	Spelz	133 000 t
Sommerroggen	88 000 t	Wintergerste	507 000 t
Winterweizen	3 669 000 t	Sommergerste	2 511 000 t
Sommerweizen	564 000 t	Hafer	6 205 000 t.

Gegenüber der (vorläufigen) Getreideschätzung zu Anfang September d.J. bleiben die Erträge bei allen Hauptgetreidearten etwas zurück und zwar an Roggen um rund 300 000 t (= 4,4 v.H.), an Weizen einschliesslich Spelz um 36 000 t (= 0,8 v.H.), an Sommergerste um rund 1 000 t (= 0,1 v.H.) und an Hafer um 192 000 t (= 3, v.H.) An Wintergerste haben sich die Erträge gegenüber der Vorschätzung um rund 18 000 t (= 3,7 v.H.) erhöht.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der vorjährigen Getreideernte (1930) sind die diesjährigen Erträge an Roggen (um 1 Millionen to = 13 v.H.) geringer. Bei allen übrigen Getreidearten übertrifft die diesjährige Ernte die vorjährigen Ergebnisse, und zwar bei Weizen einschliesslich Spelz um 440 000 to (= 11,2 v.H.), an Sommergerste um 127 000 t (= 5,3 v.H.), an Wintergerste um 31 000 t (= 6,6 v.H.) und an Hafer um 550 000 t (= 9,7 v.H.). Gegenüber den Ernteerträgen im Durchschnitt der letzten 7 Jahre ist die neue Getreideernte nur an Roggen und Hafer geringer (um 9 bezw. 1,2 v.H.). An Weizen einschliesslich Spelz stellt sie sich dagegen um 30 v.H., an Sommergerste um 3,3 v.H. und an Wintergerste um 37,7 v.H. höher. Ueber die Beschaffenheit der neuen Getreideernte wird demnächst berichtet werden.

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag Massnahmen zur Verschärfung der Kontrolle über die Ablieferung von Exportdevisen (siehe Spitzenartikel im Wirtschaftsteil) getroffen. Ueber die Art der Massnahmen und ihre Durchführung wird folgendes mitgeteilt:

"Da insbesondere die Ablieferung der Exportdevisen nicht in vollem Umfang der Entwicklung der deutschen Ausfuhr in den letzten Monaten entspricht, wobei selbstverständlich die natürliche Verschiebung durch Kreditgewährung

zu berücksichtigen ist, erscheint es notwendig, die Ausfuhr für die Zwecke der Devisenbewirtschaftungschärfer zu kontrollieren. In einer Durchführungsverordnung zur Devisenordnung wird daher angeordnet, dass künftig alle Waren, die aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeführt werden, durch Uebergabe einer Exportvalutaerklärung nach vorgeschriebenem Muster der Reichsbank anzumelden sind. Ausserdem haben die Exporteure dreimal monatlich der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt mitzuteilen, an welche Devisenbank sie die eingegangenen Exportvaluten abgeliefert haben oder von welcher Reichsbankanstalt ihnen die Devisen freigegeben wurden. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit schweren Strafen bedroht.

Da ferner die für die deutsche Einfuhr auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Kredite, zu deren Aufrechterhaltung die ausländischen Gläubiger sich in dem Stillhalteabkommen ausdrücklich verpflichtet haben, durchaus nicht in vollem Umfang ausgenützt werden, sollen die Importfirmen darauf verwiesen werden, von diesen Möglichkeiten stärkeren Gebrauch zu machen. Um dieser Aufforderung besonderen Nachdruck zu verleihen, sind die Devisenbewirtschaftungsstellen im Verwaltungswege angewiesen worden, die Importfirmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung zum Erwerb von Devisen sind, anzuhalten, dass sie einen angemessenen Teil des in dieser Genehmigung festgesetzten Höchstbetrages durch Inanspruchnahme der offenen Kreditlinien bestreiten, insofern werden Devisen zur Barzahlung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Von den deutschen Banken muss erwartet werden, dass sie den deutschen Importeuren bei der Ausnützung der Kreditmöglichkeiten des Stillhalteabkommens weitest entgegenkommen."

Im übrigen erfolgt eine Verschärfung der Strafen. Nach den neuen Bestimmungen finden die in der Devisenverordnung vorgesehenen Strafen auch dann Anwendung, wenn jemand durch Täuschungen oder irreführende Angaben die nach den Devisenvorschriften erforderliche Genehmigung der zuständigen Stellen erschlichen oder zu erschleichen versucht hat. Bei Verstössen von Firmen gegen die Devisenvorschriften konnten bisher die Inhaber oder Leiter der Unternehmen der Strafe dadurch entgehen, dass sie sich darauf beriefen, sie hätten von der Zuwiderhandlung ihrer Angestellten oder Beauftragten keine Kenntnis gehabt. Dem wirkt die neue Verordnung dadurch entgegen, dass sie das Reichswirtschaftsgericht ermächtigt, gegen den Inhaber oder Leiter eines Unternehmens unbeschadet seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit Ordnungsstrafen bis zu 300 000 Reichsmark zu verhängen, wenn er nicht nachweist, dass er die im Verkehr erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlungen angewendet hat. Um ein rasches Zugreifen zu ermöglichen und der strafgerichtlichen Ahndung besonderen Nachdruck zu verleihen, lässt die neue Verordnung schliesslich die Aburteilung aller Vergehen gegen die Devisenvorschriften im Schnellverfahren zu. Gleichzeitig ist die Reichsregierung an die Länder mit dem Ersuchen herangetreten, auch im Verwaltungswege, z.B. durch Einrichtung von Sonderdezernaten, die Strafverfahren in Devisensachen besonders zu beschleunigen.

SPD. Die Sächsischen Gusstahlwerke Döhlen A-G. in Freital bei Dresden, an der seit Anfang dieses Jahres der sächsische Staat und die Stadt Freital mit über 3 Millionen Mark beteiligt sind, hat für das verflossene Jahr ungünstig abgeschlossen. Der entstandene Verlust wird durch Buchgewinne gedeckt werden, die man bei der im Februar beschlossenen Kapitalzusammenlegung erzielt hat. Die Höhe des Verlustes wird nicht mitgeteilt.

Angebot fehlt.

(Berliner Getreidebörse vom 17.November.)

SPD.Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag wieder recht fest. Es fehlte an ausreichendem Angebot in prompte, Brotgetreide, während die Kauflust der Mühlen und der Händler ziemlich rege war. Selbst bei den ansteigenden Preisen konnte die Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Weizen gewann ungefähr 2, Roggen zirka 1 Mark. Auch am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt waren bei knappen Umsätzen Preissteigerungen von einer halben bis einer ganzen Mark festzustellen. Lediglich Weizen für Märzlieferung wurde um mehr als 2 Mark höher bewertet. Das Mehlgeschäft blieb dagegen weiter stockend. Weizenmehl hatte nur sehr geringe Nachfrage bei unveränderten Mühlenforderungen. Für Roggenmehl waren die Forderungen zumeist um 25 Pfennig erhöht; hier war die Nachfrage etwas lebhafter. Hafer hatte festere Tendenz; jedoch waren die Käufer schwer zu bewegen, höhere Preise zu bewilligen. Der Gerstenmarkt blieb fast umsatzlos.

	16.November	17.November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	223 - 226	225 - 228
Roggen	196 - 198	197 - 199
Braugerste	168 - 176	166 - 175
Futter- und Industriegerste	164 - 167	162 - 165
Hafer	145 - 149	145 - 149
Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Roggenmehl	26,90-29,10	27,00-29,25
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 239 plus Geld (Vortag 238), März 247½-248¾ (246¼). Roggen Dezember 206½-207 (206), März 213 (212½). Hafer Dezember 159½ plus Geld (258½), März 169½ (168½).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 17. Nov.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM -,80 - 1,05
" Weizenstroh "		" -,60 - -,75
" Haferstroh "		" -,70 - -,85
" Gerstenstroh "		" -,60 - -,75
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		" -,65 - -,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh		" -,50 - -,70
" Weizenstroh		" -,50 - -,60
Häcksel		" 1,25 - 1,45
	Tendenz stetig	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,20 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken		" 1,25 - 2,05
Luzerne, lose		" 2,40 - 2,70
Thymothee, lose		" 2,35 - 2,65
Kleeheu, lose		" 2,25 - 2,55
Drahtgepresstes Heu		" -,30 über Notiz.
	Tendenz still.	

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 17.November 1931.

Die Hand.[x]

Von Marcel Marter.

SPD. Der Zug der Untergrundbahn hatte sich eben in Bewegung gesetzt. Die Leute, die noch vor wenigen Augenblicken mit brutaler Rücksichtslosigkeit die Waggons gestürmt hatten, standen nun still, einer an den andern gepresst, wie wenn die stickige Luft im Wageninnern sie betäubt hätte.

In der Mitte des Waggons stehend, wohin mich der Menschenstrom getragen hatte, bemerkte ich plötzlich noch einen freien Sitzplatz in meiner Nähe. Mit einiger Energie gelang es mir auch, mich nach dem Platze hindurchzuwinden und aus dem Gedränge herauszukommen. Für einen Augenblick sah ich mir nun meine unmittelbaren Mitreisenden näher an. Auf der Bank gegenüber sass ein junges Liebespaar, er sicher ein kleiner Bankbeamter, sie ohne Zweifel Stenotypistin. Ihre Liebe schien wie ein verborgen blühendes Wunder in dem Getriebe der Grossstadt: das Getöse der Fahrt, die Mitreisenden und die lastende Hitze waren für das junge Paar sicher nicht vorhanden. Eng aneinander geschmiegt tauschten sie immer wieder Blicke nur ihnen verständlicher Seligkeit.

Neben mir sass ein junges Mädchen oder eine junge Frau - ich konnte anfangs ihre Züge nicht erkennen. Ein schwarzer Strohhut verdeckte fast das ganze Antlitz. Sie las. Aber schon nach wenigen Augenblicken wurde meine Neugierde befriedigt. Meine Nachbarin hob den Kopf, ohne allerdings nach meiner Seite zu blicken. Blasse Wangen, von keinerlei Schminke bedeckt, eine fast griechisch anmutende Nase, schmale, herb geschlossene Lippen und eine unter dem Hute vorfallende Haarlocke waren mein erster Eindruck. Sie mochte nicht mehr als etwa zwanzig Jahre zählen, und sie war auch keineswegs hübsch genug, um mehr als die Aufmerksamkeit eines Augenblickes zu erregen.

Sie las in einem dünnen Hefte, das auf ihren Knieen ruhte. Schon die ersten paar Worte, die ich durch Zufall erblickte, belehrten mich, dass das Heft eine anatomische Abhandlung enthielt. Ohne Zweifel war das junge Mädchen eine Studentin der Medizin.

Ich will nicht sagen, dass die Lektüre eines anatomischen Werkes für einen Laien sehr interessant ist. Dennoch versuchte ich, dann und wann ein paar Worte aus dem Hefte zu enträtseln. Die aufgeschlagene Seite handelte von der Anatomie der Arme und der Hand. In langen Reihen standen die gelehrten Worte ,mit denen man die Knöchelchen, Sehnen, Muskeln und Nerven der Hand bezeichnet. Fast kam ich mir vor wie im Hörsaal der Studierenden, vor denen eben eine Menschenhand seziert wird.

Meine Nachbarin kümmerte sich viel weniger um mich. Von ihrer Lektüre völlig gebannt, blätterte sie von Seite zu Seite. Achtlos vollführte sie mit ihren schmalen Fingern jene Muskelbewegungen der Hand, von denen sie eben las. Mein Blick war auf ihren weissen, gepflegten Fingern haften geblieben. Zu nahe lag der Gedanke des Gegensatzes dieser lebenden, schönen Hand zu den anatomischen Einzelheiten der eben gelesenen Stellen. Ich konnte mich kaum eines Schauders darüber erwehren, dass unter der samtweichen, weissen Haut dieser Mädchenhand Blut in jähen Stössen pulsieren, Muskeln zucken und Nerven reagieren sollten. Fast gebannt konnte ich den Blick nicht mehr von der schmalen Hand abwenden. Meine Nachbarin war - wie ich schon gesagt habe - sicher nicht schön zu nennen, aber wie begeisterte ich mich vor der Hand der kleinen Studentin! Wenn ich ein Dichter gewesen wäre, so hätte ich sie sicher besungen.

Plötzlich wurde es für Augenblicke im Waggon fast dunkel. Wir fuhren durch einen Tunnel. Eine Kurve des Tunnels brachte meine Nachbarin aus dem Gleichgewicht. Sie versuchte, sich festzuhalten, und griff instinktiv nach meinem Arme. Ihr Studienheft glitt zu Boden. Ich erinnere mich dann nur noch eines Augenblickes. Für eine Sekunde lag eine unsagbar schöne Mädchenhand in der meinen. Wie ein Blitz durchfuhr mich diese Berührung. Ich zitterte wie unter einem elektrischen Schlage. Ob auch die kleine Studentin dasselbe Gefühl hatte? Ich weiss es nicht. Eine kleine Zeitspanne länger als nötig hielt ich ihre Hand fest, diese kleine Hand, deren Berührung mir Schreck und Wonne erregte, diese Hand, die ich im Dunkel an meine Lippen ziehen musste, die Hand, die dann leise aus meiner glitt.

Ein Blick aus dunklen, fast unergründlich scheinenden Augen traf mich, als wir wieder in der Helle des Tages waren. Aber kein Wort fiel von den Lippen des Mädchens. Sie hatte ihr Heft wieder vor sich liegen, und ihre Augen folgten den Zeilen.

Auf der nächsten Station habe ich den Zug verlassen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Erik Osternig.)

Das Fasslrutschen von Klosterneuburg.[x]

SPD. Fünfhundertsechzig Hektoliter fasst das Riesenfass im Stiftskeller. Breit und behäbig liegt es da. Auf einer Treppe steigt man hinauf, und unter grossem Hallo der Zuschauer saust man auf der anderen Seite wieder hinunter. Das geschieht alljährlich am 15.November, dem Namenstage (und Todestage) des Heiligen Leopold, dessen Gedächtnis mit diesem seit Generationen bestehenden Brauche mehr ausgelassen als würdig gefeiert wird. Der Markgraf Leopold (der vierte) ist nämlich der Gründer des Stiftes, dessen beide glänzende Kuppeln einen Erzherzogshut und eine Kaiserkrone (wie fern ist uns das heute!) tragen, und er ist auch der Gründer der Stadt Klosterneuburg, die mit ihren etwa 10 000 Einwohnern so nahe bei Wien liegt, so bequem mit Strassenbahn, Omnibus oder Stadtbahn zu erreichen ist, dass man sich wundert, warum sie nicht längst eingemeindet wurde. Aber sie steht unter völlig selbstständiger Verwaltung und geht die Stadt Wien im Grunde ebenso wenig an wie das Fasslrutschen, zu dem allerdings auch die Wiener bisher am Leopolditage in Scharen hinausströmten. In diesem Jahre sind die Meinungen und die Ziele geteilt, denn man hat in Wien selbst, draussen in Schönbrunn, ein "Konkurrenz-Fass" aufgestellt, um denjenigen, denen trotz Autobus und Stadtbahn der Weg nach Klosterneuburg zu beschwerlich sein sollte, die Sache leichter und mundgerechter zu machen. Einem "echten" Wiener allerdings ist bei dieser fröhlichen Rutschpartie nichts zu beschwerlich, und er geht auch in diesem Jahre wie stets nach Klosterneuburg, das neben dem Riesenfass und dem guten Wein der Stiftskellerei noch mancherlei Interessantes zu bieten hat. Die Stadt, ursprünglich römisches Kastell, später unter Karl dem Grossen eine Siedlung mit dem Namen Nievemburch, ist reich an Kunstschätzen und voller Merkwürdigkeiten, angefangen bei der berühmten, ursprünglich romanischen Kirche (1136 erbaut), bis zu dem herrlichen Bibliotheksaal mit wertvollen Handschriften und der gleichfalls bedeutenden Bildergalerie. Markgraf Leopold, der damals noch nicht der "Heilige" war (er wurde erst 1485 von Papst Innozenz VIII. heilig gesprochen und gilt seitdem als der Landespatron von Österreich), soll der Sage nach Fürstenhof und Kloster - und damit den Grund zur Stadt - an der Stelle angelegt haben, wo ein Schleier seiner Gemahlin Agnes, der ihr auf einer Jagdpartie vom Winde entrissen ward, wiedergefunden wurde.

Sehenswert ist auch das drei Stockwerke tiefe Labyrinth von Weinkellern, in denen es am 15.November so lustig hergeht, wo die Blechmusik spielt und draussen Zelte und Buden aufgeschlagen sind, wo Konfetti geworfen wird, die

lachenden und schreienden Menschen immer wieder über das Fass mehr kugeln als rutschen, und wo ein richtiger kleiner Jahrmarkt im Gange ist, an dessen buntem und überlautem Treiben die ausgezeichneten Weine der Kellerei einen ebenso ehrlichen Anteil haben wie der gute "Heilige", der am 15.November 1136 das Zeitliche segnete, ohne um seine eigene Heiligkeit zu wissen....

Das lustige Treiben und der fröhliche Gesang ausgelassener Menschen, die auf diese Weise ihrem "Schutzpatron" ihre Geneigtheit bezeugen (die meisten wohl, ohne an ihn zu denken oder von ihm zu wissen...), nehmen erst mit dem Abend ein Ende. Und da empfiehlt es sich, bevor man die gastlichen Kellerräume verlässt (mit einer "feschen Poldi" am Arm, die man dort mit einiger Geschicklichkeit kennen lernen kann), auf den braven Leopold, dem wir die vergnügten Stunden am 15.November verdanken, ein Glas zu leeren und sich schnell am "Liebesthermometer" für zwanzig Groschen vom Stande seines Herzens zu überzeugen. Man legt dabei die linke Hand (sie kommt ja vom Herzen!!) auf eine Messingkugel, drückt diese nieder, und sogleich zeigt das Thermometer auf einer roten Skala (rot ist die Farbe der Liebe...), welcher Gefühle man fähig ist, ob man "leidenschaft", ob "zu Seitensprüngen geneigt", ob "heiss in der Liebe" oder "gleichgültig" und "kalt" ist (die "Poldi" verfolgt sichtlich gespannt das Steigen der Flüssigkeit in der kleinen roten Röhre und sieht einen dabei schief von der Seite an). Dann kann man sich am Eingang zur Erinnerung an den Leopoldstag noch ein kleins Holzfassl an einem rot-weissen Bande kaufen, das einem die hübsche Verkäuferin lächelnd an den Rockaufschlag steckt (die "Poldi" wird doch nicht eifersüchtig sein....?) - und dann kann man in die Stadtbahn steigen oder in den Autobus und nach Hause fahren. Manche machen es auch so; manche wieder machen es anders. Die "Poldi", die gar nicht unwichtig bei dieser Ehrung eines Heiligen ist, dürfte mit dem eiligen Rückzug in die Stadtbahn oder in das Auto nicht so ohne weiteres einverstanden sein.... Aber das kann jeder halte, wie er will. Der Heilige Leopold kümmert sich um diese Angelegenheiten nicht. Er schmunzelt höchstens still vor sich hin, wenn er, dem gar nicht so sonderlich "heilig" zu Mute ist, um Mitternacht, da nach dem Lärm des Tages endlich alles still geworden ist, seine Runde durch die Kellerräume des Stiftes macht, an dem grossen Fass und an dessen kleineren wohlgefüllten Kollegen vorüber. Diesen Rundgang tut er nur einmal im Jahre, am 15.November, dem Tage des "Fasslrutschens". Und niemand weiss um diesen nächtlichen Spaziergang, nicht einmal die Chorherren des Stiftes und der Bruder Kellermeister.

Goetz Mayer (Wien).

---

50 Jahre Kaberett.[x]

SPD. In einer kleinen, schmuddeligen Künstlerkneipe des Montmartre, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als eine Sammelstätte der Pariser Boheme einen grossen Zuspruch genoss, stand eines Abends der Maler Rodolphe Salis plötzlich in gehobener Stimmung von seinem Tische auf, stellte sich neben ein in einer dunklen Ecke stehendes Klavier und sprach: "Wir legen ab heute unsre sämtlichen Manuskripte, Gedichte, Noten, Malereien, Gedanken und deren Splitter zusammen und bilden daraus eine Gesellschaft zur Veröffentlichung unsrer unbekannten Schöpfungen. Auf diesem Klavier werden unsre Vorträge begleitet werden, und diese Stelle, wo ich stehe, bildet das Podium, auf dem wir unsre Gedichte den Zuhörern, falls sich welche einfinden, vorsprechen werden. Wir werden politische Ereignisse persiflieren, die Menschheit belehren, ihr ihre Dummheit vorhalten, dem Mucker die schlechte Laune abgewöhnen, dem Philister die Sonnenseite des Lebens zeigen, dem Hypochonder die heuchlerische Maske abnehmen, und um Material für diese literarischen Unterhaltungen werden wir lauschen und herumschleichen, wie es Nachts die Katzen auf den Dächern tun."

Das war ein wunderbares Manifest, ein Programm, das ein plötzlicher Einfall geboren hatte. So entstand das erste Kabarett der Welt, das unter dem Namen "Chat noir" ("Schwarzer Kater") vor 50 Jahren, am 18.November 1881, eröffnet wurde. Immer mehr von den alten Zechgenossen siedelten zum Freunde über, um miteinander über die Kunst, den dazu gehörigen Dalles ("la purée") und seine Bekämpfung zu plaudern. Da konnten sie bei dem Freunde Speis' und Trank, wie es echten Bohemiens gebührt, auf Pump erstehen, trugen sich improvisiert ihre Gedichte vor, versammelten sich ohne vorhergegangene Verabredung. Marcelle Legay, Mac Nab, Jules Renard, Maurice Donnay, Jean Richepin, Aristide Bruant, Trimouillat, Alphonse Daudet, Paul Verlaine und viele andre Künstler mit klingenden Namen wurden fast tägliche Gäste des "Schwarzen Katers"; kurz, wer Lust hatte und nicht gerade dadurch verhindert war, dass seine Schuhe beim Schuster waren, oder dass er bei der Drucklegung seines Buches war, ging zu Salis hinüber und offenbarte sich gegenseitig seine Gedanken über Kunstideale und andere "Seelenblähungen", wie man das ausdrückte.

Der Andrang der Pariser war beängstigend. Salis füllte mit seinen Conférencen die Pausen zwischen den Vorträgen aus, stellte die Autoren vor, ulkte das Publikum an, verlieh sich aus eigener Machtvollkommenheit das Band der Ehrenlegion und machte sich so zur lustigen Narrenmajestät des Montmartre. 1885 siedelte Salis in ein neues Heim in der Rue Laval, heute Rue Victor Massé über. Der Erfolg blieb ihm in den 16 Jahren seines Wirkens unvermindert treu. Als er 1897 starb und die Kunstschätze des Chat noir unter den Hammer gelangten, ergab die Auktion, obgleich sie dem breiten Publikum nicht bekannt war, einen Erlös von über 100 000 Francs.

Nachdem Salis das alte Haus in der Rue Rochechouart 84 verlassen hatte, gründete an der gleichen Stelle Aristide Bruant, bis dahin eine der besten Kräfte des Chat noir, das zweite Kabarett von Paris, "Le Mirliton", dem sehr bald der gleiche Erfolg und Ruhm wie dem Chat noir beschieden war. Im Gegensatze zu Salis, der selbst bei seinen schärfsten Attacken immer den Ton eines Grandseigneurs anschlug und seine Gäste mit "mein Fürst" begrüsste, stellte sic Bruant derb wie ein Kutscher hin und schleuderte Grobheiten wie "Rindvieh", "Sie Schwatzmaul", "Eklige Fratze" und ähnliche den Gästen an den Kopf. Auch dies gefiel dem Publikum. Nicht zuletzt, weil es in ihm einen grossen Dichter ehrte, dem das Recht zukam, an allem Kritik zu üben, und weil er ihm auf der anderen Seite als Kneipwirt Künstler präsentierte, die das Publikum förmlich in Raserei zu versetzen vermochten. Ein solches Talent war Yvette Guilbert, eine Entdeckung Bruants.

Nach den Erfolgen des "Chat noir" und des "Mirliton" entstanden hunderte solcher Künstlerkneipen, ohne viel Aufsehen zu erregen. Neues hat der Montmartre seit Salis' undBruants Tode nicht mehr geboten.

Volle 20 Jahre währte es, bis der Ruf des "Chat noir" und der anderen Künstlerkneipen in Paris in deutsche Lande drang und zur Nachahmung anspornte. Zunächst ein Abklatsch der Pariser Urkünstlerkneipen, dann ein verlegenes Herumtasten nach eigenem Stil, das war der Weg, den das deutsche Kaberett, aus dem Brettl und dem Tingeltangel herausgewachsen, einschlug. Im Januar 1901 eröffnete Ernst von Wolzogen in Berlin sein "Ueberbrettl". Zu seinem Stabe gehörten Leute wie Otto Julius Bierbaum, Liliencron, Otto Erich Hartleben, Hanns Heinz Ewers, Oscar Straus, Leo Heller, Marcell Salzer, Johannes Cotta u.a.m. Doch musste Wolzogens Kabarett nach kaum zweijährigem Bestehen auseinanderfallen, weil das Publikum an gewissen, schon nicht mehr zweifelhaften Produkten Gefallen fand und sich an ihnen festklammerte. Zu gleicher Zeit fanden sich in München unter der Leitung des Franzosen Marc Henry die "Elf Scharfrichter" zusammen. In der Gastwirtschaft "Zum goldenen Hirschen" in der Türkenstrasse schlugen sie ihr Zelt auf, elf Männer, die im Privatleben Dichter, Bildhauer, Maler, Musiker, Rechtsanwälte usw. waren und eine grossartige Clownerie treiben, geistige Exekutionen an den grossen Sündern der Menschheit vollbringen wollten. Die Bretter, die hier die Welt bedeuten sollten, waren ungehobelt,

und ein kleines Podium mit ein paar grauen Rundvorhängen, die man verschieden beleuchten konnte, war ihre ganze technische Einrichtung. Doch das genügte. Konnten sie doch eine Marya Delvard, ja, einen Frank Wedekind ihr eigen nennen. Der Mangel an geschäftlichem Talent wurde Marc Henry zum Verhängnis. Aus den elf Scharfrichtern wurden allmählich 35. Sie spielten auf Teilung, hungerten dabei, machten Bankerott, schleppten sich mit neu aufgetriebenen Mitteln weiter und als sie ssich selbst durch Gastspielreisen nicht sanieren konnten, fielen sie einander in die Haare. Das war das Ende.

Nun schossen auch in Deutschland die Kabaretts wie Pilze hervor. Zunächst noch mit dem ehrlichen Streben, künstlerisch Wertvolles zu bieten, machte in Berlin der Maler Max Tilke sein "Cabaret zum hungrigen Pegasus" auf. Dann trennte sich von ihm einer seiner wertvollsten Mitarbeiter, Georg David Schulz, und eröffnete sein "Poetenbänkel zum siebenten Himmel". Liliencron gründete "das bunte Brettl", Hanns Heinz Ewers das "Berliner Sezessions-Theater", Hans Hyan "Die silberne Punschterrine". Erwähnung verdienen noch das "Cabaret zum Peter Hille", von Erich Mühsams jungem Künstlerkreise gegründet, Reinhardts "Schall und Rauch" und Meinhard und Bernauers "Böse Buben". Ihr Leben war meist von kürzester Dauer. Die Akteure waren immer die gleichen, die Boheme des damaligen Berlin. Mit dem Hinscheiden dieser Kabaretts war die Heldenzeit des deutschen Kabaretts vorbei. Was später kam, war Klamauk und Profit.

Ein besonderes Kapitel verdient noch der Münchner "Simplizissmus", das einzige Kabarett, das noch eine Zeitlang im Sinne der Pariser Urkünstlerkneipen erhalten blieb. Seine Karriere begann, als Kathi Kobus, zuerst Kellnerin des Lokals, die Wirtin wurde, und Albert Langen, der Herausgeber der Zeitschrift "Simplizissimus", in einer fröhlichen Nacht des Dezember 1903 den Namen "Simplizissmus" und die rote Bulldogge als Firmenschild stiftete. Da wurde der "Simpl" offiziell das Stammlokal der jungen Künstlersezession; Th.Th.Heine, Gulbransson, Franz Blei, Max Halbe sah man zeitweilig jeden Abend im verräucherten Raume. Frank Wedekind, Robert Kothe sangen ihre Balladen zur Laute; Ringelnatz, eine Entdeckung der Kathi, sprach seine Matrosengedichte, und Ludwig Scharf gab für 5 Mark den Abend sein Lied "Ich bin ein Prolet, was kann ich dafür", zum besten. Davon lebte er. Später musste auch der "Simplizissimus" von den Improvisationen, die oft sehr Originelles brachten, zum regulären Kunstprogramm übergehen. An Versuchen fehlte es zwar auch sonst nicht, künstlerische Kabaretts zu gründen, aber im grossen und ganzen waren das die letzten Zuckungen des sterbenden Künstlerkabaretts. Erst heute beginnen sich wieder allerhand Kräfte, zunächst ganz dilettantisch, zu regen, die ohne Rücksicht auf Publikumsgunst und Kassenglück Abende zustande bringen, noch unsicher herumtastend, aber mit Idealen, Ideen, Temperament, sicherlich tausendmal fruchtbarer für das Kabarett als die ausgeleierten Programmschemen der verflachten Kabarettindustrie. Es sind Schauspieler, Maler, Musiker, Tänzerinnen, meist junge Leute in denen etwas vom Geiste der Elf Scharfrichter wiedererstanden zu sein scheint

Nikolas Aranyosi.

---

150 Jahre Gewandhauskonzerte.x

Von Dr. Lenth.

SPD. Das Bürgertum erwachte im 18.Jahrhundert politisch aus seinem Schlummer. Es errang sich allmählich immer grössere Freiheiten und trat auch gesellschaftlich immer selbstbewusster auf. Dabei stiess es an die Schranken, die ihm der Adel gesetzt hatte. Die neue Klasse half sich, indem sie sich eigene Organisationsformen der Unterhaltung schuf. Auf musikalischen Gebiete bedeutete die Verschiebung der sozialen Kräfte die Gründung der Konzerte und musikalischen Akademien. Der Bürger übernahm die Aufgabe, die Kunst zu pflegen und in die Öffentlichkeit hinauszutragen. Er ging damit über die höfische Ab-

geschlossenheit hinaus und machte jeden mit Musik bekannt, der ein Interesse dafür hatte und in der Lage war, das Eintrittsgeld für die Veranstaltung aufzubringen. Indem das Bürgertum den Kreis grösser zog, grenzte es sich aber zugleich gegen das Proletariat ab. Musikgenuss wurde eine Angelegenheit von Geldbesitzenden. Es blieb die grosse Tat - die Beschaffung von Möglichkeiten überhaupt, Musik öffentlich zu hören. Bis auf den heutigen Tag wird so Musik in Konzerten, die gegen Eintrittsgeld jedem offen stehen, dargeboten.

Die Anfängewaren recht ärmlich. Die ersten Konzerte wurden in den Sälen der kleinen Stadthotels abgehalten. Hier trafen sich Lehrer, Beamte, Kaufleute mit ihren Frauen, unterhielten sich, rauchten und hörten nebenbei Musik. Ungefähr um die Mitte des 18.Jahrhunderts beginnt aber die Bewegung, öffentliche musikalische Pflegestätten zu schaffen, in Deutschland allgemein zu werden. (In Paris waren bereits 1725 die berühmten "Concerts spirituels" gegründet worden.)

Berlin hatte um 1750 seine festen musikalischen Konzertveranstaltungen. In Leipzig gründete der Singspielkomponist Hiller nach Beendigung des siebenjährigen Krieges sogenannte Liebhaberkonzerte, die im Hotel Königshaus stattfanden. Hiller führte seine Konzerte bis 1778 fort. Er verstand es, eine Schar guter Sänger und Musiker zu seinen Veranstaltungen heranzuziehen. Da aber der Saal reichlich unbequem lag und die Akustik schlecht war, so machte sich der Wunsch frühzeitig bemerkbar, einen eigenen grossen Konzertsaal zu besitzen. Bei dem damaligen Leipziger Bürgermeister fanden diese Eingaben ein günstiges Gehör. Es wurde der Bau eines Musiksaales in dem sogenannten Gewandehaus beschlossen, in dem die Tuchmacher und Wollwarenmanufakturisten ihren Stand hatten. Daher der Name: Gewandhauskonzerte. Am 25.November 1781, vor 150 Jahren, wurde der Konzertsaal eingeweiht. Der erste Dirigent war der bewährte Hiller. An der Spitze des Unternehmens stand ein Direktorium von 12 Mitgliedern, das die Abhaltung von 24 Abonnementskonzerten im Jahre beschloss.

Mit der Gründung der Leipziger Gewandhauskonzerte vollzog sich ein wichtiger Akt bürgerlicher Musikentwicklung. Eine Allianz von Kaufleuten und Gelehrten wurde der Träger der neuen Entwicklung. Da beinahe 220 Personen die Konzerte abonnierten, war auch eine gesicherte pekuniäre Basis für das Unternehmen vorhanden. Die Leipziger Gewandhauskonzerte florierten. Aufführungen von grosser Meisterschaft wurden den Zuhörern geboten, bekannte Künstler als Solisten herangezogen. Grosse Dirigenten wie Felix Mendelssohn-Bartholdy und später Artur Nikisch wurden Mehrer des Ruhmes. 150 Jahre Gewandhauskonzerte sind daher 150 Jahre bürgerlicher Konzertbetrieb. Die diesjährige Feier ist zugleich eine Gedenkfeier für die Anteilnahme des Bürgertums an der Musik überhaupt. In eigener, tatkräftiger Initiative wurde einer sozial untergehenden Schicht die Führung der Kunst abgenommen und eine eigene Organisationsform des Musikhörens gegründet. Das Leipziger Gewandhaus war eifrigster Förderer der Entwicklung. Darin liegt seine grosse Bedeutung. Dr.Lenth.

Die Wenden auf Rügen.[x]

SPD. Rügen war, ebenso wie Pommern und Mecklenburg, von wendischen Stämmen bewohnt, bevor die Germanen dort ansässig wurden. Die letzte wendisch sprechende Frau auf Rügen ist im Jahre 1450 gestorben. In den Ortsnamen Rügens ist heute noch viel aus dem Wendischen erhalten. So bedeutet der Name des bekannten Bades "Göhren" soviel wie "Bergort". Die grösste Stadt Rügens, Bergen, hiess ursprünglich "Gora". "Sassnitz" heisst "Fichtenort", und "Thiessow" bedeutet "Eibenort". Die alten wendischen Dörfer waren meist so gebaut, dass die Häuser rund um einen freien Platz lagen, zu dem nur eine Strasse in

das Dorf führte.

Dass die Insel Rügen schon sehr früh mit dem Ausland Beziehungen hatte, beweisen zahlreiche Münzfunde. So hat man auf dem Rugard bei Bergen 12 arabische Münzen gefunden, die in den Jahren 767 bis 822 in Persien und in Bagdad und andern Orten des Orients geprägt worden sind, 3 von ihnen unter dem berühmten Kalifen Harun al Raschid. Wahrscheinlich ging hier der Handelsweg nach den nordischen Ländern vorbei. Auf der schwedischen Insel Gotland hat man sogar nicht weniger als 13 000 arabische Münzen gefunden. Auch auf der deutschen Insel Usedom fand man 8700 Münzen. Diese zeigen aber meist deutsches Gepräge, vor allem das von Magdeburg, doch finden sich auch hier arabische und sogar altrömische Münzen darunter.

Aus einigen aufgefundenen Steinbildern kann man schliessen, wie die Wende gekleidet gewesen sind. Sie trugen Kittel aus grobem Wollstoff, einen Gürtel darum und auf dem Kopf eine spitze Mütze. Um die Schläfen trugen sie in der Frühzeit einen bronzenen Schläfenring, gelegentlich auch Fingerringe aus Bronze oder Silber.

Im späteren Bauernstande, der sich in einer drückenden Abhängigkeit von der Herrenschicht befand, trieben die Wenden Ackerbau, Obstkultur und vor allem Bienenzucht. Den Honig verwendeten sie auch als Würze für ein Getränk, den Honigmet, der in einer Lebensbeschreibung des Bischofs Otto von Bamberg an Güte dem berühmten römischen Falernerwein verglichen wird. Das Handwerk war wenig entwickelt. Musterhaft soll das Familienleben gewesen sein. Der Kaiser Mauritius von Byzanz, der gegen Ende des 6.Jahrhunderts lebte, rühmt besonders die eheliche Liebe und Treue der Frauen. Die Unterjochung dieses Volkes fiel seinerzeit den eindringenden deutschen Stämmen sehr schwer und gelang erst nach Jahrhunderte hindurch dauernden harten Kämpfen. H.L.

SPD. Der Ultrarevolutionär.x Links von sich selbst stand nach der Novemberrevolution der politisierende Justizrat Broh. Er war eine Zierde der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung und hatte ein hervorragendes Talent zur Produktion von Redeblüten.

Ein Stadtverordneter der aussersten Rechten greift ihn eines Tages persönlich an und beschuldigt ihn, nicht nur er selbst habe im Arbeiter- und Soldatenrat eine gutbezahlte Stellung bekleidet, sondern er habe es auch verstanden, seiner Frau ein wohldotiertes Pöstchen zuzuschanzen.

Zornbebend erhebt sich Broh, um diesen Angriff zurückzuweisen:

"Diese Ente hat sich der Vorredner aus den Fingern gesogen, um sie mir an die Rockschösse zu hängen! Ich habe beim Arbeiter- und Soldatenrat ein weit geringeres Einkommen gehabt, als ich durch diese Tätigkeit bei den Räten in meiner Rechtsanwaltspraxis eingebüsst habe! Doch von mir selbst will ich hier nicht weiter reden: Die eigentliche Gemeinheit beginnt erst bei meiner Frau."

SPD. Neue Spuren von Uhrzeittieren.x Der bekannte Paläontologe O.Abel hat kürzlich in den Schieferschichten Bayerns Spuren von bisher unbekannten urzeitlichen Wassertieren entdeckt. Er glaubt aus den Fährten schliessen zu können, dass es sich wahrscheinlich um fischartige Wesen handelt, die in grauer Vorzeit in den Solnhofener Sümpfen hausten und beim Schwimmen dicht über dem Boden in dem Morast ihre Spuren eindrückten. Sehr interessant ist es, dass sehr häufig zwei solcher Schwimmfährten weite Strecken dicht nebeneinander parallel verlaufen. Diese Spuren sind wahrscheinlich, wie Abel annimmt, auf bestimmte Fortpflanzungsgebräuche der Vorzeittiere zurückzuführen. Wenn auch einstweilen noch keine Reste dieser Tiere selbstbekannt sind, so hat doch Mutter Erde die Spuren in ihrem Tagebuch so genau und deutlich aufgezeichnet, dass die Gelehrten sich schon ein ziemlich anschauliches Bild dieser Urzeitwesen machen können.